

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljährlich 2.50 M., monatlich 1.30 M.,
 wöchentlich 30 Pf., frei und franko
 Einzelnnummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.30 Mark pro Monat
 eingetragene in die Post-Verzeichnungs-
 stelle. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Cröcher 11/11a.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Adressen
 je Zeile oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt
 20 Pf., (täglich 2 fertige Blätter
 10 Pf.), jedes weitere Blatt 10 Pf.,
 Stellenangebote und Schiffsanfragen
 gegen das erste Blatt 10 Pf., jedes
 weitere Blatt 5 Pf., Blatt über 15 Blätter
 haben zahlen für zwei Blätter. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 5. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Festsetzung der Kartoffelpreise in Berlin.

Von Robert Schmidt.

Die Kartoffel, das wichtigste Nahrungsmittel in der Familie der ärmeren Bevölkerung, scheint besonders dazu auserkoren, als Versuchssubjekt aller möglichen Freibereitungen benutzt zu werden. Mit Mühe und Not ist es gelungen, für die Spätkartoffeln den in Aussicht genommenen Preis für den Landwirt von 4.50 M. für den Zentner auf 4 M. herabzudrücken. Mit Recht ist dieser Preis in der Bevölkerung allgemein äbel empfunden worden, aber nicht minder muß die Mitteilung des Berliner Magistrats, daß er zu diesem Preis für den Handel einen Aufschlag von 2 M. für notwendig erachtet, die allgemeine Unzufriedenheit steigern.

Diese Preispolitik des Berliner Magistrats ist eingeleitet, ohne daß die hiesige Preisprüfungsstelle, die nach der Bundesratsverordnung berufen ist, über die Angemessenheit der Preise ein Gutachten abzugeben, überhaupt befragt wurde. Das Verhalten überrascht schon nicht mehr, weil die Preisprüfungsstelle bisher schon nur ihre Einflusslosigkeit in allen wichtigen Dingen bewiesen hat. Es scheint mir aber notwendig, dieses Verhalten des Berliner Magistrats einer näheren kritischen Betrachtung zu unterwerfen. Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hatte in der Sitzung am 8. März d. J. Gelegenheit, zu den Preisauflagen, die nach der neuen Bundesratsverordnung für den Handel notwendig waren, Stellung zu nehmen. Die Preisprüfungsstelle empfahl damals dem Magistrat auf Grund Artikel 3 der Bundesratsbestimmung vom 2. März d. J. folgendes bei der Preisfestsetzung zu berücksichtigen:

1. Als Aufschlag für den Großhandel genügt pro Zentner 50 Pf., wobei zu berücksichtigen ist, daß der Großhandel jedes Risiko zu tragen und für angemessene Bedienung des Kleinhandels zu sorgen hat. Für den Fall, daß der Kleinhandeler seine Waren selbst ab Waggon abholt, sind 20 Pf. für den Zentner dem Großhändler in Abzug zu bringen.
 2. Für den Kleinhandel ist ein Verdienst von 75 Pf. pro Zentner zu berechnen.
- Es heißt dann weiter, daß mit Rücksicht auf die bessere Abrechnung des Geldes und um nicht in jedem Monat eine neue Preis-erhöhung festzusetzen, empfohlen wird, für die Zeit vom 15. März bis 15. Mai einen einheitlichen Höchstpreis im Kleinhandel mit einem Aufschlag von 65 Pf. zu berechnen, d. h. 6.50 M. für den Zentner, und für die Zeit vom 15. Mai bis 15. Juli einen Aufschlag von 70 Pf., d. h. 7 M. für den Zentner. Die Preisprüfungsstelle legte hierbei zugrunde, daß der Magistrat für die Zeit vom 15. März bis 15. Mai einen Durchschnittspreis von 5.25 M. und für die folgenden Monate von 5.75 M. pro Zentner als Erzeugerpreis in Anlag bringt. Schließlich empfahl die Preisprüfungsstelle dem Magistrat beim unmittelbaren Verkauf des Großhandels an die Großverbraucher (Restaurateure) einen angemessenen Teil des Preisauflages sich selbst zur Deduktion seiner Unkosten und seines Risikos zu sichern. Außerdem wurde in der Preisprüfungsstelle ausdrücklich betont, daß der Großhandel zu einer realen Bedienung des Kleinhandels verpflichtet werden soll, d. h. das Einwiegen von Steinen und Sand vermieden werden muß.

Diese letztere Bestimmung ist leider nicht innegehalten worden und vom Magistrat so gut wie nichts unternommen worden, um diesen Zustand zu beseitigen. Wiederholt sind in der Preisprüfungsstelle vom Kleinhandel bewegliche Klagen geführt worden darüber, daß die Beimengung von Steinen und Sand in einem Umfange erfolgt, daß jeder Nutzen für den Kleinhandeler verloren geht. Der Preisprüfungsstelle ist von einem Vertreter des Kleinhandels das Beweismaterial in natura überwiesen worden, wonach bei einem Zentner 10 Pfund Steine beigegeben waren. Leider ist der Kleinhandel in einer so schweren Abhängigkeit, daß er gegen diese Art der Behandlung wenig unternehmen kann, denn jedes Ausbleiben gegen den Großhandel, der vom Magistrat mit dem Vertrieb beauftragt ist, hat zur Folge, daß der Kleinhandeler im Einkauf zurückgesetzt wird. Diese Vorgänge müssen einmal öffentlich besprochen werden, da sie bisher von den verantwortlichen Personen unbeachtet blieben. Was nun die Preisaufläge für den Handel anbetrifft, so ergibt sich aus dem Gutachten der Preisprüfungsstelle vom 8. März d. J., daß für Groß- und Kleinhandel ein Aufschlag von 1.25 M. pro Zentner für genügend erachtet wurde. Gegenwärtig kommt der Magistrat aneinander in enger Verbindung mit den Interessenten des Großhandels zu der Festsetzung einer Spanne von 2 M. Davon erhält der Großhandel allein 1.25 M. Es ist interessant, wie in einer Magistratsnotiz für die Presse dieser Preisauflage begründet wurde. Zunächst wird eine Vermittlungsgebühr von 30 Pf. pro Zentner in Anlag gebracht. Die Berliner Preisprüfungsstelle hat in ihrer Sitzung am 17. September 1915 ein Gutachten über die handelsüblichen Aufschläge abgegeben, in dem für Vermittlungsgebühr 10 Pf. pro Zentner in Anlag gebracht wurde. Vom Handel wurde ausdrücklich erklärt, daß in sehr vielen Fällen 5 Pf. genügt. Anschließend ist für diese ganz ungebührliche große Kommissionsgebühr mehr die Reichskartoffelstelle zur Verantwortung zu ziehen, die diese allem bisherigen handelsüblichen Gebrauch entgegenstehende Sätze festgesetzt hat. Es fragt sich nur, ob nicht Berlin in Verbindung mit einigen anderen Großstädten diese sehr zweifelhaften Geschäftsgebahren durchkreuzen kann, indem sie eigenen Kommissionären zu angemessenen Gebühren die Erledigung der Aufträge überweist. Um einen Begriff zu bekommen, welche Beträge die Kommissionäre einstecken, sei darauf hingewiesen, daß beim Abrollen von fünf Waggon a 10 000 Kilogramm der Kommissionär 300 M. erhält, ein Betrag, der sich mit Leichtigkeit an einem Tage verdienen läßt. Und zwar im Nebenberufe, denn die Zeitaufwendungen bei der gegenwärtigen Organisation für die Herbeischaffung der Kartoffeln sind viel geringer als zu normalen Zeiten. Bleibt es bei einem Nutzen von 30 Pf. pro Zentner, so hat Berlin bei einem ungefähren Bedarf von 20 000 Zentner pro Tag allein eine Kommissionsgebühr von rund 40 000 M. wöchentlich zu zahlen. Es genügt, diese Zahl zu nennen, um das Ungeheuerliche dieses Zustandes klar zu machen. Sodann berechnet der Berliner Magistrat 30 Pf. Fracht pro Zentner. Der Kartoffelhandel veranschlagte 1915 die Fracht auf

25 Pf. Diese Aufschläge sind aber gegenwärtig noch zu hoch, weil sie im Durchschnitt für Berlin nie erreicht werden. Für die Berliner Versorgung ist nach der Einteilung der Reichskartoffelstelle die Provinz Brandenburg und Westpreußen, Pommern und Posen in Anspruch genommen. Die Frachtsätze aus diesen Provinzen erreichen nie den Satz von 30 Pf. Dieser kommt nur für die Kartoffeln in Frage, die eventuell aus Ostpreußen bezogen werden. Aus der Provinz Brandenburg bezieht Berlin ein Drittel des Bedarfs. Die Fracht übersteigt hier nie 6-7 Pf. pro Zentner, ganz abgesehen davon, daß vor kurzem diese Sätze auf die Hälfte herabgesetzt wurden.

In der Aufstellung des Magistrats fungiert sodann eine Abnehmergebühr von 15 Pf. für den Zentner. Wer diese Abnehmergebühr erhält, ist unklar. Der Handel hat seinerzeit für das Ausladen, Saden und Wiegen der Kartoffeln 5 Pf. berechnet. Die dreifache Erhöhung dieser Gebühr entbehrt jeder Begründung. Noch mehr Ueberraschung muß allerdings der Posten 50 Pf. Nutzen für den Großhandel hervorrufen. Diese 50 Pf. für den Großhandel bedeuten bei dem oben geschätzten Bedarf 10 000 M. tägliche Abgabe an den Großhandel. In der Preisprüfungsstelle hat sich der Großhandel mit einem Verdienst von 10 Pf. in seiner Aufstellung begnügt. Die fünffache Steigerung, die der Berliner Magistrat vorgenommen hat, ist eigentlich nur verständlich unter dem Einfluß, den der Großhandel in der Kartoffelzentrale des Berliner Rathauses ausübt.

Eigentlich, der Preisauflage für den Kleinhandel wird vom Berliner Magistrat nicht erhöht. Er erscheint mir auch genügend, aber rechnet man die 15 Pf. Abnahmegebühr und 50 Pf. besonderen Aufschlag, die dem Großhandel überantwortet werden, so steht der Kleinhandelspreis in einem sehr ungünstigen Verhältnis zum Großhandel. Ganz abgesehen davon, daß sich, wie schon bemerkt, der Kleinhandel gegen die unrette Bedienung nicht zu wehren vermag, und darunter schließlich auch der Konsument leidet, der faulige Kartoffeln und Sand in reichem Maße bei der Frühkartoffel zugewogen erhält.

Bezeichnend für die Situation, in die der Berliner Magistrat durch seine Preispolitik gekommen ist, ist schon die Tatsache, daß Reutheun auf 5.40 M. die Preise festsetzt und sich der Kartoffelgemeinschaft mit Berlin entzogen hat. Das sind Zustände ganz unerträglicher Art. Das Kriegsernährungsamt wird unmöglich dieser Preispolitik gegenüber, die auch in anderen Städten in ähnlicher Weise verläuft wird, sich gleichgültig verhalten können. Im Juli dieses Jahres wurde vom Kriegsernährungsamt in den amtlichen Nachrichten folgendes bekannt gegeben:

„Durch die Landeszentralbehörden soll es, nach der Ansicht des Kriegsernährungsamts, den Gemeinden ferner zur Pflicht gemacht werden, den Kleinabgabepreis für die Herbst- und Winterkartoffeln so festzusetzen, daß er 55 Pf. für 10 Pfund nicht übersteigt und daß da, wo das Einlagern größerer Mengen im Herbst in den Privatellern üblich und zweckmäßig ist, die einzulagernden Kartoffeln für etwa 4.75 M. je Zentner frei Keller zu liefern sind. Durch die Frachtberechnung soll das den Gemeinden erleichtert werden. Ein besonderes Entgegenkommen gegen bedürftige Kriegerfamilien bei der Kartoffelzuweisung im Wege der Kriegswohlfahrtspflege ist von den Gemeinden selbstverständlich zu erwarten.“

Wie will das Kriegsernährungsamt das hier gegebene Versprechen einlösen? Da gibt es nur einen Weg: es muß die Kommissionsgebühr auf höchstens 10 Pf. herabgesetzt und durch eine Bundesratsverordnung der Groß- und Kleinhandelspreis festgelegt werden.

Das Unerhörte eines Preisauflages von 2 M. für den Handel ergibt sich schon daraus, daß zu Friedenszeiten in der Berliner Markthalle die Großhandelspreise von 1.75 bis 2.50 M. schwanken. Bei diesem Großhandelspreis sind dem Landwirt 1.20 bis 1.75 M. gezahlt, so daß dem Großhandel 55 bis 75 Pf. für all seine Aufwendungen einschließlich Fracht und Kommissionsgebühr zukommen. Wenn heute die Aufwendungen für Arbeitskräfte und Fuhrwerke höher sind, so ist andererseits zu beachten, daß für den Großhandel jedes Risiko fortfällt, nur mit Veranzahlung der Verkauf sich regelt, und nach der gegenwärtigen Organisation der Einkauf, den die Gemeinde zu regeln hat, sich glatt vollziehen wird.

Wie kann unter diesen Umständen der Handel einen Aufschlag beantragen, der höher ist als in Friedenszeiten der Kartoffelpreis? Die Berliner Bevölkerung hat keine Reue, eine weil die Landwirtschaft unbegründet hohe Preise bekommt, eine dem gleichen Ziel zustrebende Gemeinde- und Handelspolitik der Stadt für berechtigt zu erachten.

Zu diesen Ausführungen des Genossen Schmidt wird uns vom Genossen Wurm geschrieben:

Als Mitglied des Arbeitsausschusses der Preisprüfungsstellen von Groß-Berlin und der Lebensmitteldeputation der Stadt Berlin kann ich folgendes feststellen:

Eine Entscheidung des Magistrats Berlin über den Preis der Winterkartoffeln ist noch gar nicht getroffen. Die öffentliche Aufforderung des Magistrats an die Bevölkerung, sich mit Winterkartoffeln einzudecken, spricht nur davon, daß bei der Voranverförgung der Preis frei Haus sich „vorausichtlich“ auf etwa 6 Mark stellen wird. Die endgültige Festsetzung des Preises ist überhaupt noch nicht erfolgt und selbstverständlich wird vor derselben die Preisprüfungsstelle gehört werden.

Die Vorschläge der Preisprüfungsstelle vom 8. März d. J. sind sowohl bei der Festsetzung des Preises im Frühjahr als auch bei der Veranschlagung des Preises für die Vorverförgung im Winter zugrunde gelegt. Eine Erhöhung dieser Sätze sowohl für den Groß- wie den Kleinhandel ist niemals in Aussicht genommen worden. Eben weil der Kleinhandeler Verlust durch Sand und Steine wie beim Auswiegen hat, erhält er eine Vergütung von 75 Pf. für den Zentner, die, wenn solche Verluste nicht in Rechnung zu stellen wären, zu hoch sein würden.

Die Vermittlungsgebühr ist von der Reichskartoffelstelle mit 30 Pf. festgesetzt gewesen und erst jetzt, vom 15. September ab, auf 20 Pf. verringert worden. Diese Gebühr erhält aber nicht der Berliner Großhändler, sondern der von der Provinzial-Kartoffelstelle mit der

Lieferung betraute Kreis, der damit seine Kommissionäre und deren Unterkäufer bedient. Der Landrat hat zu bestimmen, wieviel davon der Kommissionär und wieviel der Kreis für seine Unkosten erhält. Die Gemeinden haben keinerlei Einfluß auf die Höhe dieser Gebühr und sind auch geschäftlich nicht in der Lage, eine andere Versorgungsart einzuführen; die Landräte haben das Recht, eine solche Einmischung in ihren dienstlichen Betrieb zu verbieten. Auf jeden Fall können nicht die Gemeinden eine Herabsetzung dieser Vorschrift herbeiführen, sondern einzig und allein die Reichskartoffelstelle kann andere Bedingungen festsetzen.

Die Fracht war früher mit 30 Pf. festgesetzt; sie ist in der vorigen Woche durch eine neue Vereinbarung mit der preussischen Eisenbahndirektion ermäßigt worden. Bei der endgültigen Festsetzung der Preise wird diese Ermäßigung der Fracht selbstverständlich berücksichtigt werden.

Die Abnahmegebühr von 15 Pf. für den Zentner wird nicht an den Berliner Handel, sondern an die Beauftragten der Gemeinden in der Provinz für die Abnahme der Kartoffeln auf dem Verladebahnhof gezahlt. Da nach den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle die Abnahme der Kartoffelendungen auf den Verladebahnhöfen zu erfolgen hat und infolgedessen eine nachträgliche Forderung bei der Ankunft der Kartoffeln für schlechte Lieferung nicht mehr zulässig ist, so schließt diese Abnahmegebühr in sich die Entschädigung für die Gewährleistung ordnungsmäßiger Lieferung, die Abrechnung usw. Jedemfalls hat der Berliner Großhändler an dieser Gebühr keinen Anteil.

Die Ueberraschung des Genossen Schmidt über die 50 Pf. Nutzen für den Großhandel ist um so weniger verständlich, als er in demselben Artikel mitteilt, daß in der Preisprüfungsstelle vom Großhandel 60 Pf. für den Zentner verlangt und von der Preisprüfungsstelle, zu der Genosse Robert Schmidt gehört, auch als angemessen erachtet wurde. In diesen 50 Pf. ist die Entschädigung für Risiko, für Lieferung der Sade, Arbeitskräfte bei Ein- und Ausladen und das Zufahren an den Kleinhandeler einbegriffen, so daß diesem wahrscheinlich nur 10 Pf. Reinerdienst bleiben. Daß die Stadt Berlin dem Händler als Gewinn das Fünftfache gibt, ist also gar nicht der Fall!

Wenn kleinere Gemeinden einen niedrigeren Preis festsetzen können, so deshalb, weil es ihnen möglich ist, den Vertrieb an die Kleinhandeler selbst zu übernehmen und somit die Unkosten für den Großhandel auszufalten; für die Stadt Berlin müßten aber 70 Großhändler mit Hunderten von Gespannen und einem zahlreichen eingeschulden Personal durch städtische Einrichtungen ersetzt werden, was jetzt auf so große technische Schwierigkeiten stößt, daß sie bisher nicht zu überwinden waren.

Wenn zum Schluß in dem Artikel des Genossen Schmidt behauptet wird, daß jetzt dem Groß- und Kleinhandel durch die Stadt Berlin zu hohe Unkosten bewilligt werden, so widerspricht das den im Anfang seines Artikels von ihm als richtig anerkannten Festsetzungen der Preisprüfungsstelle; denn so, wie diese beschloffen hat, erhält der Groß- und Kleinhandel auch jetzt nicht mehr als zusammen 1.25 M. Die Steigerung der Gesamtausgaben beruht auf dem durch die Kriegslage geschaffenen Verteilungssystem und der durch sie hervorgerufenen Steigerung der Unkosten.

Wie weit es möglich sein wird, den Preis der Kartoffeln niedriger als 6 M. festzusetzen, wird erst in den nächsten Wochen unter Hinzuziehung der Preisprüfungsstelle und der Lebensmitteldeputation entschieden werden.

Die Wirren in Griechenland.

Der Druck der Entente.

London, 3. September. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Eine am 2. September abends der griechischen Regierung übermittelte englisch-französische Note fordert die Kontrolle über das griechische Post- und Telegraphenwesen mit Einschluß der drahtlosen Telegraphie, die Ausweisung feindlicher Agenten aus Griechenland, die der Spionage und der Verdeckung schuldig sind, sowie die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen gegen griechische Untertanen, die der Spionage und Verdeckung mitschuldig sind. Der Vertreter des Reuterschen Bureaus ist in der Lage zu erklären, daß die Erfüllung dieser Forderungen nicht auf Schwierigkeiten stoßen wird.

Athen, 4. September. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Griechenland hat die Forderungen der Entente im vollen Umfange angenommen. Die Kontrolle über Post und Telegraphen hat gestern begonnen.

Bern, 3. September. (W. T. V.) Bei Vespredung der Flotten-demonstration im Piräus betont die französische Presse, daß für die Operationsbasis Saloniki endgültig Sicherheit gegen jede Möglichkeit geschaffen werden müsse und daß die neuen Forderungen der Entente dahin lauten. „Tempo“ zufolge erschien die alliierte Flotte am 1. September in der Mittagsstunde vor dem Piräus, konnte aber „Echo de Paris“ zufolge erst in später Abendstunde bei Salamis Anker werfen. Die französischen Schiffe liegen neben der griechischen Flotte.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Amsterdam vom 4. September gemeldet:

Nach einem Pariser Telegramm aus Athen ist die Regierungsgewalt in Griechenland jetzt voll-

Kändig in die Hände der Alliierten übergegangen. Die Königsirren Truppen wurden von gelandeten Entente-Truppen eingeflossen und zur Uebergabe gezwungen und entwaffnet. Ihr Kommandeur, Oberst Trupis, wurde gefangengesetzt. Der kranke König befindet sich im Schloß Tatoi in tatsächlicher Gefangenschaft. Seine briefliche und telegraphische Korrespondenz steht unter strenger Überwachung. Der von Agenten der Alliierten geschürte Aufbruch breitet sich immer mehr aus. Der Rücktritt von Zaimis ist nur noch eine Frage von Stunden. Benizelos hält sich bereit, an die Spitze der Regierung zu treten. Benizelos sandte an die „Sunday-Times“ ein Telegramm, worin er auf tiefste bedauerte, daß sich Griechenland noch nicht den Alliierten angeschlossen habe. Er hoffe jedoch, daß die Vereinigung Griechenlands mit der Entente in kürzester Zeit eine vollgogene Tatsache sein werde.

Was an diesen Darstellungen und Voraussetzungen Wahres ist, muß sich bereits in den nächsten Tagen herausstellen.

Die Vorgänge in Saloniki.

London, 4. September. (W. L. W.) Ward Price gibt einen ausführlichen Bericht über die Bewegung in Saloniki: Die Leiter des Komitees für nationale Verteidigung haben in der Stadt zwei Proklamationen verbreitet; eine an das griechische Volk und eine an die griechische Armee. In der Hauptsache wird darin gesagt, daß der jetzige Zustand lange genug angehalten habe. Die Uebergabe der griechischen Forts an die bulgarischen Truppen sei ein unzeitlicher Fehler des Königs und seiner Regierung gewesen. Es sei nun an der Zeit, sich den Verbündeten anzuschließen und die Bulgaren zu vertreiben. Die Offiziere der drei griechischen Regimenter, die in Saloniki stationiert sind, haben eine Versammlung abgehalten, in welcher sie ihre Haltung besprochen. Drei Viertel von ihnen erklärten sich für die Verbündeten. Die Gendarmen, meistens Kretenser, haben das obige Komitee anerkannt. Eine Anzahl Offiziere, hauptsächlich der Artillerie angehörig, haben dem Komitee ihren Treueid geschworen. In Saloniki wurde ein Umzug abgehalten, an welchem u. a. mehr als 1000 Gendarmen und eine Abteilung Freiwilliger teilnahmen, die mit Polizeigewehren bewaffnet waren. Als sie über den Freiheitsplatz zogen, wurden sie von der Bevölkerung mit Blumen bedorfen.

Saloniki, 3. September. (W. L. W.) Neutermeldung. Die Nachrichten aus sicherer Quelle besagen, sind 60 griechische Soldaten vom 63. Infanterie-Regiment, das in West-Mazedonien liegt, desertiert und haben sich der bulgarischen Armee angeschlossen.

Die Entente-Presse gegen Griechenland.

London, 2. September. (W. L. W.) „Daily Chronicle“ schreibt im Leitartikel: Es ist nicht leicht vorauszuweisen, welche Wirkung die Unabhängigkeitserklärung von Griechenland haben wird, und man muß zugeben, daß selbst einem begeisterten ententefreundlichen Staatsmann es schwer fallen würde, in einem Augenblick die Folgen einer zwölfwöchentlichen deutschfreundlichen Politik ungeschwiegen zu machen. So ist die griechische Armee alles andere als für eine schnelle Aktion bereit. Sie ist erst kürzlich demobilisiert worden, und die hohen Kommandos und ein Teil des Offizierskorps befinden sich im Umwandlungsprozess. Wenn die Armee wieder mobilisiert wird, so können keine Parlamentswahlen stattfinden. Andererseits drängt die Zeit. Die rumänische Offensiv muß sofort von einer Offensiv der Verbündeten von Saloniki aus unterstützt werden. Das Blut hält es für das Beste, die Demobilisierung der Armee aufrechtzuerhalten, bis die Neuwahlen stattgefunden haben.

Bern, 3. September. (W. L. W.) „Corriere della Sera“ bemerkt in einer Meldung aus Rom über die Lage in Athen: Wenn die griechische Regierung tatsächlich einen neuen Kurs genommen hätte, würde sich die Entente nicht zu einer Flotten-demonstration und zur Landung von Truppen im Piräus genötigt gesehen haben. König Konstantin müßte wohl immer noch in gewissem Sinne das griechische Volk hinter sich haben. Jedenfalls sei eine eigentliche revolutionäre Lösung nicht zu erwarten.

Gesandtschaftsaustausch

zwischen Bulgarien und Rumänien.

Sofia, 4. September. (W. L. W.) Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur. Die bulgarische Regierung hat Somovit als den Ort bezeichnet, an den das gesamte Personal der Gesandtschaften und Konsulate Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Bulgariens und der Türkei sowie die Staatsangehörigen dieser Länder in Rumänien gemeinsam zu Schiff sich begeben können. Dasselbe Schiff wird sodann das Personal der rumänischen Gesandtschaften und Konsulate sowie die Mitglieder der rumänischen Kolonien von Sofia und Konstantinopel nach Rumänien zurückbringen.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 2. September. (W. L. W.) Amtlicher Heeresbericht:

An der Kaukasusfront ist der Feind auf dem rechten Flügel nach seinen Gegenangriffen, die ihm schwere Verluste gekostet haben, gegenwärtig im Begriff, seine Stellungen zu befestigen. Ein Teil unserer Streitmacht, die die feindlichen Stellungen 20 Kilometer nordöstlich von Dghnut angreift, zwang den Gegner, sich in nordöstlicher Richtung zurückzuziehen. Im Zentrum und auf dem linken Flügel örtliche, zeitweise unterbrochene Feuerkämpfe.

Im Küstenabschnitt tötete eine unserer Erkundungsabteilungen bei einem Ueberfall einen Offizier und vier Soldaten des Feindes und erbeutete Gewehre, Bajonette und Bomben.

Am 19. August warf ein Teil eines unserer Flugzeuggeschwader bei einem Angriff auf Port Said erfolgreich Bomben auf feindliche Bauwerke und Einrichtungen und kehrte unbeschadet nach seinem Ausgangspunkt zurück.

Von den anderen Fronten ist keine Meldung einer wichtigen Veränderung eingetroffen.

Deutscher Flugzeugangriff gegen die rumänische Küste.

Amtlich. Berlin, 4. September. (W. L. W.) Deutsche Seeflugzeuge haben am 3. September Gasenanlagen, Kornspeicher und Delbehälter von Constanza sowie den russischen Kreuzer „Ragul“ und vier Torpedobootszerstörer ausgiebig mit Bomben belegt. Es wurde guter Erfolg beobachtet. Alle Flugzeuge sind trotz heftiger Beschädigung zurückgekehrt.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 3. September nachmittags. (W. L. W.) An der Somme-Front dauert die Tätigkeit der französischen Artillerie an. Während der Nacht kam es zu keinem Infanteriegefecht außer einem

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 4. September 1916. (W. L. W.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die gestern früh einsetzenden englisch-französischen Angriffe im Sommegebiet haben zu einer Schlacht größter Ausdehnung und Erbitterung geführt.

Nördlich der Somme spielte sie sich auf der annähernd 30 Kilometer breiten Front von Beaumont bis zur Somme ab. Trotz oft wiederholten feindlichen Aufstürms beiderseits der Ancre und besonders auf Thiepval und nordwestlich Pozieres haben unsere braven Truppen unter dem Kommando der Generale v. Stein und Frh. Marschall ihre Stellungen behauptet, durch schnellen Gegenstoß vorübergehend verlorene Boden bei dem Schöft Mouquet (nordwestlich von Pozieres) zurückerobert und dem Feinde die schwersten Verluste zugefügt. Weiter östlich hielt unsere starke Artillerie den Gegner in seinen Sturmstellungen nieder; erst nachts gelang es ihm, im Fourcauxwald vorzubrechen; er wurde zurückgeschlagen.

Nach einem allen bisherigen Munitionseinsatz übersteigenden Vorbereitungseinsatz entbrannte der Kampf zwischen Ginchy und der Somme und wütete hier bis in die späten Nachtstunden fort. In heldenmütiger Gegenwehr haben die tapferen Truppen der Generale v. Kirchbach und v. Fasbender dem in die völlig zerstörte erste Stellung eingedrungenen Feinde jeden Fußbreit Bodens freitig gemacht und in ihrer zweiten Verteidigungslinie dem Stoß Halt geboten. Guilleumont und Le Forest sind in der Hand des Gegners.

Südlich der Somme ist es abgesehen vom Abschnitt südwestlich von Barleux unserer Artillerie gelungen, die Durchführung der französischen Angriffe zu unterbinden; die bei Barleux zum Angriff ansetzenden Kräfte wurden blutig abgeschlagen.

Rechts der Maas sind Angriffsversuche der Franzosen gegen das Werk Thiaumont und südöstlich von Fleury gescheitert. An der Souville-Schlacht wurde nach sorgfältiger Vorbereitung ein in unserer Linie vor-springender Winkel der französischen Stellung vom Feinde geändert; 11 Offiziere, 490 Mann wurden gefangen genommen, mehrfache feindliche Gegenangriffe abgewiesen.

In der Nacht zum 3. September haben Heeres- und Marine-Luftschiffe mit beobachtetem guten Erfolge die Festung London angegriffen. Eins unserer Schiffe ist im feindlichen Feuer abgestürzt.

Im Luftkampf wurden am 2. und 3. September im Somme-Gebiet 13, in der Champagne und an der Maas je 2 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Hauptmann Voelke, der seinen 20. Gegner außer Gefecht setzte, die Leutnants Löffers, Fahlbusch und Rosenkrantz haben an den letzten Erfolgen hervorragenden Anteil. Durch Abwehrfeuer sind seit dem 1. September im Somme- und Maasgebiet vier feindliche Flugzeuge heruntergeholt.

Am 2. September haben französische Fliegerangriffe im Festungsbereich von Metz unerheblichen Schaden angerichtet, durch mehrere Bomben auf die Stadt Schwannungen wurden 5 Personen verletzt und einiger Gebäudeschaden verursacht.

Handstreich auf die deutschen Schützengräben bei Armancourt, der den Franzosen gestattete, Gefangene einzubringen.

Am rechten Ufer der Maas bombardierte der Feind heftig die französischen Stellungen zwischen Thiaumont und Fleury und im Walde von Sang-Chapitre.

Auf der übrigen Front verlief die Nacht ruhig.

Flugwesen: Ein französischer Flieger brachte ein deutsches Flugzeug bei Dieppe nordwestlich von Verbur zum Abflug. An der Front an der Somme wurden vier andere deutsche Flugzeuge im Kampf ernstlich getroffen. Sie gingen teils in ihren Linien nieder. Französische Kampfgeschwader führten gestern zahlreiche wirkungsvolle Operationen aus. Der Bahnhof von Metz-les-Sablons erhielt zweimal 86 Geschosse, Kaliber 12 Zentimeter. An den Gebäuden der Bahnstrecke wurde bedeutender Schaden festgestellt. Militärische Werke nördlich Metz erhielten 90 Geschosse gleichen Kalibers. Mertereles-Meul (7), Conflans, Sedan, Aubun le Roman und Lager oder Depots von Hammes-les-Guiscard (7), Arbles, Monchy-Bagache wurden ebenfalls mit insgesamt 210 Geschossen betrorfen. Zahlreiche Einschläge am Ziel und Brände wurden an mehreren Orten festgestellt.

Orientarmee. An der Strumafront und in der Zone des Dojransees meldet man einige ziemlich heftige Artilleriekämpfe. Patrouillen der Alliierten führten zahlreiche Erkundungen am linken Strumaufer aus. Ein bulgarischer Angriff bei Jborsta, nordöstlich Cucuruz, wurde durch ferbische Infanteriefeuer abgeschlagen. Die Bulgaren erlitten starke Verluste. Von der Gegend des Ostroboveses ist nichts von Bedeutung zu melden.

Vom 3. September abends. (W. L. W.) Nördlich der Somme griff nach heftiger Artillerievorbereitung französische Infanterie in Verbindung mit der britischen Armee gegen Mittag die deutschen Stellungen auf einer Front von etwa 8 Kilometern vor der Gegend nördlich von Maurepas bis zum Fluße an. Mit bewundernswürdigem Schwung, den nichts aufhalten konnte, setzten unsere Truppen die beträchtlichen feindlichen Streitkräfte hinweg und bemächtigten sich aller vorherbestimmten Ziele. Die Dörfer Forest, östlich von Maurepas, und Clercy an der Somme sind völlig in unserer Gewalt. Nördlich von Forest nahmen wir sämtliche deutsche Gräben längs der Straße Forest-Comblies bis zu den Zugängen zum letzteren Dorfe. Zwischen Forest und Clercy an der Somme bemächtigten wir uns gleichfalls aller Stellungen des Feindes und überschritten an zahlreichen Punkten die Straße, die diese beiden Ortschaften verbindet. Ein deutscher Gegenangriff mit starken Kräften gegen die südlich von Forest eroberten Stellungen wurde unter das Feuer unserer Batterien genommen und mußte in Unordnung zurücktreten, wobei der Feind zahlreiche Tote auf dem Schlachtfeld zurückließ. Wobier überschreitet die Zahl der unterwundenen in unsere Hände gefallenen Gefangenen 2000, und die gezählte Beute beträgt 12 Geschütze, die allein im Abschnitt von Forest erobert wurden, und 50 Maschinengewehre. Auf dem rechten Ufer der Maas unternahmen die Deutschen seit heute früh eine Reihe heftiger Angriffe auf unsere Stellungen bei Vaug und bei Chapitre. Sie wurden mehrmals auf der gesamten Front mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Endlich gelang es dem Feinde am Nachmittag, in einem Vorstoß unserer Linie Fuß zu fassen, wo der Kampf erbittert fortgesetzt wird. Kurz nach Beginn dieser Unternehmung griffen wir die deutschen Stellungen östlich vom Dorfe Fleury an. Unsere Truppen nahmen mehrere Gräben und ein stark eingerichtetes Werk. Ein zweiter von uns nordwestlich vom Dorfe Fleury ausgeführter An-

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinzen Leopold von Bayern.

Mit einem vollen Mißerfolge für die Russen endeten ihre gestern westlich und südwestlich von Luck wiederholten Anstrengungen.

Nördlich von Zborow hielten unsere Truppen den zurückgewonnenen Boden gegen mehrfache starke russische Angriffe.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Oestlich und südöstlich von Brzezanj dauerte der Kampf an. Derliche Erfolge der Russen sind ihnen durch Gegenstoß im wesentlichen wieder entrißen. Die Säuberung einiger Gräben ist im Gange.

In den Karpathen wurde das Gefecht südlich von Zibona fortgesetzt. Russische Angriffe südwestlich von Zacie, im Nagura-Abschnitt und nördlich von Dorna-Batra sind gescheitert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unter erfolgreichen Kämpfen rückten die deutsch-bulgarischen Kräfte zwischen der Donau und dem Schwarzen Meer weiter vor. Bei Kocmar (nordwestlich von Dobric) warf bulgarische Kavallerie rumänische Infanterie in Unordnung zurück und nahm 10 Offiziere, über 700 Mann gefangen.

An der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 3. September. (W. L. W.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz. Front gegen Rumänien.

Vortruppeneingänge. Artilleriefeuer. Keinerlei Veränderung der Lage.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Die Russen setzen ihre Anstrengungen, den Widerstand der Verbündeten in den Karpathen zu brechen, Tag und Nacht fort. Es kam an zahlreichen Punkten zu erbitterten Kämpfen. Die Anstürme des Feindes wurden durch Feuer oder Bajonett und Handgranatensampf abgeschlagen. Kleine örtliche Erfolge, welche die Russen südwestlich von Fundul Nosdovi und im Gebiete des Zatarenpases errangen, wurden durch Gegenangriffe zum großen Teil weit gemacht. Der Feind erlitt schwere Verluste.

Nach südöstlich von Brzezanj brachten dem Gegner seine verlustreichen Angriffe keinen Vorteil. Um ein kleines Grabensstück wird noch gekämpft.

Heeresfront des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich von Zborow und zwischen Swimlich und Szelmow in Wolhynien scheiterten neuerlich zahlreiche mit großem Massenaufgebot geführte Angriffe des Feindes.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Oestlich von Biora (Balona) wurde der Vorstoß der Italiener völlig abgeschlagen. Der Feind mußte auf das linke Ufer zurückweichen.

Alle unsere Stellungen sind wieder in unserem Besitz.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Doerer, Feldmarschallleutnant.

griff gestattete uns, einen Teil des Kampfes zu belegen, der zwischen diesem Dorfe und dem Werke Thiaumont verläuft. Bei diesen Angriffen machten wir 800 Gefangene, darunter 5 Offiziere.

Die englische Meldung.

Bericht vom 3. September. (W. L. W.) Der Kampf ging heute morgen in der Nähe von Mouquet-Farm und südlich von Thiepval weiter. Wir haben auch an den Ufern der Ancre und am rechten Ufer der Falfemont-Farm Boden gewonnen.

Weiterer Bericht des Generals Haig. (W. L. W.) Wir griffen heute im gemeinsamen Vorgehen mit den Franzosen an unserer unmittelbaren Rechten den Feind an mehreren Punkten an. Wir eroberten einen Teil von Ginchy und ganz Guilleumont. Unsere Front läuft jetzt einige 500 Yards östlich von Guilleumont. Von Ginchy bis in die Nähe der Falfemont-Farm östlich der Mouquet-Farm gewannen wir ebenfalls Raum und machten mehrere hundert Gefangene. Zwischen unserem rechten Flügel und der Somme machten die Franzosen beträchtliche Fortschritte und eine ansehnliche Zahl von Gefangenen. Der Kampf dauert fort.

Unsere Flugzeuge verrichteten äußerst nützliche Arbeit, indem sie mit der Artillerie und der Infanterie zusammen arbeiteten. Feindliche Flugzeuge, die verzweifelte Anstrengungen machten, auszugreifen, wurden mit Erfolg in viele Luftkämpfe verwickelt und mit Verlusten vertrieben. Drei feindliche Maschinen wurden zerstört, außerdem mindestens vier beschädigt, während wir drei Flugzeuge verloren.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 3. September nachmittags. (W. L. W.)

Westfront: In der Gegend von Riga griffen die Deutschen unsere lettischen Bataillone an, die zum Gegenangriff vorgingen und den Feind mit empfindlichen Verlusten über den Haufen rannten. In der Gegend von Doloschewsk (Galizien) dauern die Kämpfe an. Hier wurde der tapfere Oberst Ghilis getötet. Schwer verwundet wurde der Kommandant einer Mörserbatterie, der tapfere Oberstleutnant Tscheswalow. Südlich von Kasalkowa und in der Gegend von Dorna Wotta verjagten unsere Truppen den Feind aus seinen eingerichteten Stellungen und bemächtigten sich mehrerer Anhöhen. Die Gegenangriffe des Feindes zur Wiedereroberung der verlorenen Stellungen wurde durch unser Feuer abgeschlagen. Wir machten 800 Gefangene.

Kaukasus: Die erbitterten Kämpfe dauern in der Gegend des Dorfes Dghnut an, wo der Feind stellenweise unter unserem Drucke zurückweicht und flieht. Einen Angriff der Türken bei dem Dorfe Tschoruk schlugen wir zurück und erbeuteten hierbei noch eine Kanone.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 3. September. (W. L. W.) An der Front im Trentino setzte der Feind seine Artillerietätigkeit hartnäckig fort. Gestern zeigte sich seine Artillerie besonders gegen Wohnstätten im Aftachtal und gegen unsere Stellungen auf dem Cauriolberge und im Avistolal tätig. Auf den Nordhängen des Cauriol verwickelten unsere Alpen in den Feind in ein glänzendes Gefecht und brachten ihm schwere Verluste bei. Mehr als 100 Feindesleichen wurden gezählt. Wir machten 84 Gefangene. Im Hochtal zerstörte unsere Artillerie feindliche Schützengräben und setzte feindliche Unterstände in Brand. In dem Talgebiet östlich Görz durchbrachen unsere Abteilungen unserer Infanterie zwei feindliche Stachelbrakette, warfen Handgranaten in die feindlichen Linien, riefen dort lebhafteste Beunruhigung und die Zeranziehung von Verstärkungen hervor, die alsdann von einem

wohlgezielten Feuerüberfall unserer Batterien getroffen wurden. Auf dem Korst Verschanzungsarbeiten und Handgranatenwechsel. Ein feindliches Flugzeug warf Bomben auf Kuronzo im Anstich ohne Menschen zu töten oder Schaden anzurichten.

Der rumänische Kriegsbericht.

Vom 2. September 7 Uhr früh. (W. L. V.) An der Nord- und Nordwestfront dauert der Vormarsch unserer Truppen an. Wir eroberten die Berge Alion (zwei Kilometer östlich von Orsova) und Dranis (vier Kilometer nördlich von Orsova), wobei wir neun Offiziere und 645 Mann gefangen nahmen. Die Eisenbahn nach dem Klutatale ist südlich von Esit Szereba unterbrochen. In Kronstadt erbeuteten wir bedeutende Mengen von Nahrungsmitteln aller Art.

An der Südfront griff der Feind unsere Grenzposten zwischen der Donau und Nachman-Schiklar südlich von Silistria an, wurde aber zurückgeschlagen. Feindliche Schiffe und Posten am Ufer der Donau gaben einige Schüsse auf Giurgevo und unsere Posten ab, ohne uns Verluste zuzufügen.

Vom 8. September morgens. (W. L. V.)

Nordfront und Nordwestfront. Nach ziemlich lebhaften Kämpfen besetzten wir die Ortshöhe Vorzel und die Höhen westlich dieser Stadt. Wir machten vier Offiziere und 150 Mann zu Gefangenen. Die bewohnte Gegend von Sekeli in Haromizel ist vollständig von uns besetzt.

Südfront. Der Feind überschritt die ganze Dobrubtschagrenze. Südlich von Vagargie wurde der Feind zurückgeworfen. An der übrigen Front dauern die Kämpfe an. Der Gegner beschoß Jilazu und Cassai. Drei feindliche Wasserflugzeuge warfen Bomben aus Konstanta. Mehrere Kinder und Zivilpersonen wurden verwundet.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 8. September. (W. L. V.) Amtlich. Ein Telegramm des Generalleutnants Smuts meldet: Die Verfolgung der feindlichen Hauptmacht im Gebirge von Mloguru wird trotz der ganz ungewöhnlich heftigen Regenfälle, die die Straßen fortgeräumt und die Wege aufgeweicht haben, lebhaft fortgesetzt. Die Absicht des Feindes ist es, ferneren Widerstand in diesem günstigen Gelände zu bieten, um Zeit zur Organisation zu gewinnen. Sein Rückzug weiter nach Süden ist bereits vereitelt. Westlich vom Gebirge bewegen sich unsere berittenen Truppen auf Mahalala und Kiffaki zu. Viele kleine Abteilungen des Feindes wurden erfangen genommen. Eine starke Abteilung der Truppen des Generals von Deventer rückte südlich von Kilossa aus vor, Abteilungen des Brigadegenerals Korthey bewegen sich aus der Richtung von Iringa und Lupende ostwärts nach Mahenge zu. An der Küste nähert sich eine Abteilung von Vagomoyo aus Dar es Salam unter Mitwirkung von Schiffen der königlichen Flotte.

Der deutsche Luftschiffangriff gegen England

Berlin, 4. September. (W. L. V.) In Ergänzung der amtlichen Meldung über den Angriff unserer Marineluftschiffe auf England in der Nacht vom 2. zum 3. September erfahren wir noch nachstehende Einzelheiten: Von der Festung London wurden die City sowie der nördliche und nordwestliche Teil der Stadt innerhalb von vier Stunden mehrmals mit Bomben belegt. Zahlreiche Brände und Einstürze zeigten den Erfolg des Angriffes. Andere Luftschiffe griffen in Norwich, Harlow, Boston und am Humber Scheinwerfer, Batterien und Industrieanlagen mit Bomben belegt, wobei zahlreiche Brände verursacht wurden; in Plymouth, wo die Gasanstalt und die Flugstation das Ziel des Angriffes waren, wurde eine Batterie zum Schweigen gebracht. In Nottingham wurden Militärs- und Fabrikanlagen angegriffen. Ein hierbei hervorgerufener Brand war noch auf 40 Seemeilen Abstand deutlich sichtbar.

Die Luftschiffe waren während ihrer Angriffe, besonders über London, heftigster Gegenwirkung ausgesetzt. Außer von den an Land befindlichen Batterien wurden sie von Fliegern beschossen, die zur Verfolgung aufgestiegen waren. Obgleich die Luftschiffe durch Leuchtstrahlen und Scheinwerfer beleuchtet wurden — ein Luftschiff war gleichzeitig von nicht weniger als achtzehn Scheinwerfern beleuchtet — sind alle Angriffe auf sie erfolglos gewesen.

Die englische Darstellung des Luftangriffes.

London, 8. September. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Verkehrsamt meldet um 6 Uhr abends: Sorgfältige Untersuchungen zeigen, daß die durch den Luftschiffangriff in der letzten Nacht verursachten Todesfälle und Sachbeschädigungen in gar keinem Verhältnis stehen zu der Anzahl der dabei verwendeten Luftschiffe. Es wird berichtet, daß ein Mann und eine Frau getötet, sowie ein Erwachsener und drei Kinder verwundet wurden. Im hauptsächlichsten Polizeidistrikt ist niemand getötet worden. Die letzten Berichte lassen erkennen, daß in der Hauptstadt einige Nebengebäude leicht beschädigt, zwei Hauptrohre der Wasserleitung zerstört und drei Pferde getötet wurden. Der sonstige Schaden ist geringfügig. Eine Anzahl Landhäuser wurde beschädigt, ebenso eine Kirche. In mehreren Gaswerken brach zwar Feuer aus, aber militärischer Schaden irgendwelcher Art wurde nicht angerichtet.

London, 8. September. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Heute nacht wurde von einer aus dreizehn Luftschiffen bestehenden Flotte der bisher furchtbarste Angriff auf England unternommen. Der Schauplatz waren die östlichen Grafschaften. Das Ziel war London und die Industriezentren in den Midlands. Die neuen Beleuchtungsbestimmungen waren höchst wirksam. Die Luftschiffe tappten im Dunkeln, um eine sichere Annäherung zu suchen. Nur drei Luftschiffe erreichten London. Das eine erlitten um 2 Uhr 15 in den nördlichen Bezirken und wurde sofort von unseren Geschützen und Flugzeugen auf Korn genommen. Bald hand das Luftschiff in besten Flammen, barst und fiel zur Erde. Es liegt jetzt als vollkommenes Bruch bei Cuffley in der Nähe von Enfield. Zwei andere Luftschiffe wurden durch unsere Geschütze vertrieben und waren nicht imstande, sich dem Mittelpunkt der Stadt zu nähern. Eine große Zahl Bomben fiel mahllos über den östlichen und südöstlichen Grafschaften nieder. Die Zahl der Opfer ist noch nicht vollständig bekannt, doch scheinen sie mit Rücksicht auf die Zahl der Luftschiffe und Bomben nicht bedeutend zu sein.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 8. September. (W. L. V.) Reutersmeldung. Lloyd's meldet: Die englischen Dampfer „Duart“, „Strathallan“ und „Kelvinia“ wurden versenkt. — Lloyd's meldet aus Plymouth: Der Dampfer „Barmatyr“ aus Kopenhagen wurde versenkt. Die Besatzung wurde gerettet. Auch der englische Dampfer „Mascotte“ wurde versenkt.

London, 4. September. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Der französische Segler „General Archinarb“ (855 Brutto-Registertonnen) wurde versenkt.

London, 4. September. (W. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Der britische Dampfer „Swiftings“ wurde versenkt.

Erneute Neutralitätserklärung Hollands.

Haag, 4. September. (W. L. V.) Die niederländische Regierung wird, wie im „Staatscourant“ erklärt wird, in dem Kriege, der zwischen den mit den Niederlanden befreundeten Mächten Rumänien und Oesterreich-Ungarn, Rumänien und Deutschland, Rumänien und der Türkei und Rumänien und Bulgarien ausgebrochen ist, eine absolut neutrale Haltung einnehmen.

Fälschung eines „Verteidigungs“-Artikels.

Wolffs Telegraphenbureau berichtet: Die „Münchener Post“ schreibt in einem für die Verteidigung des deutschen Volkes überschriebenen Artikel: In Nr. 200 der „Münchener Post“ brachten wir zur Kriegserklärung Rumäniens einen Artikel, dessen klare, auf die Verteidigung des deutschen Volkes gerichtete Tendenz von jedem vernünftigen und nicht übelwollenden Menschen begriffen werden mußte. Ueberdies versehen wir unseren Artikel mit der in die Augen fallenden Ueberschrift: „Für die Verteidigung des deutschen Volkes“. Wir schreiben ferner im zweiten Absatz unseres Artikels: „Wir Sozialdemokraten sahen das Kommen der Stunde voraus, daß sich noch ein neuer Gegner der Koalition der Entente anschließen würde. Das ist jetzt mit der Kriegserklärung Rumäniens geschehen, und nun gilt es, alle Kraft bis aufs äußerste zu sammeln und zu entfalten für die Selbstbehauptung des deutschen Volkes.“ Und zum Schluß sahen wir noch einmal die Grundgedanken unseres Artikels in die Worte zusammenfassen: „Das deutsche Volk vergießt sein Blut nicht für phantastische Pläne, sondern für die Verteidigung seiner ureigensten, nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen. Diese Verteidigung hat es zur Aufgabe, die furchtbaren Opfer voranzutreiben. Dies hält es gegen eine ganze Welt von Feinden fest und stark auf den Beinen. Es kämpft für ein unversehrtes, freies Deutschland und für die Gestaltung einer glücklichen und friedlichen Zukunft des sich jetzt so grausam zerstückenden Europas.“

Ein französischer Funkpruch hat nun total die Tendenz unseres Artikels gefälscht. Er griff zu diesem Zwecke einige Sätze aus dem Zusammenhang heraus, stellt sie willkürlich zusammen und unterschlug gerade den Sach, in dem wir uns mit allem Nachdruck zu einer Verteidigung des Vaterlandes bekannnten. Wir haben stets in nicht mißzuverstehender Weise erklärt, daß wir deutschen Sozialdemokraten jede Eroberungspolitik ablehnen. Aber dadurch, daß wir Deutschland kraftvoll verteidigen wollen, ist unserem Lande die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gesichert.

Hoffentlich bringt ein französischer Funkpruch dies recht bald zu allgemeiner Kenntnis, denn wir legen besonderen Wert darauf, daß über unsere Stellung zu diesem Verteidigungskriege bei unseren Feinden kein Irrtum entsteht, der dazu beitragen könnte, die Schrecken dieses Weltkrieges nutzlos zu verlängern.

Wir kennen leider nicht den Vorkant des von der „M. P.“ erwähnten Funkpruches, doch auch wir möchten uns dem Wunsche des Münchener Parteiblatts anschließen, daß ein französischer Funkpruch das obenstehende Dementi recht bald veröffentlicht werden möge. Freilich versprechen wir uns auch von seiner Veröffentlichung nicht allzuviel. Denn zu verlockend ist es für die Kriegsbeher von Beruf, die Unklarheiten und Widersprüche, die der „Verteidigungs“-Position einmal anhaften, für ihre unläuterer Zwecke auszunutzen, und nur aus diesem Gebiete ist eben innerhalb wie außerhalb des neuen Trostes so viel geübelt worden, daß es nicht mehr von papierernen Erklärungen abhängt, die notwendige Verständigung herbeizuführen.

Die Gerüchte von einem Sonderfrieden mit Rußland.

Die „Basler Nachrichten“ vom 1. September bringen folgenden Brief eines in der Schweiz lebenden Russen:

In diesem Kriege hat in einer Beziehung Rußland einen besonderen Platz eingenommen, nämlich: über Rußland wurde in der verbandtsfeindlichen Presse am meisten fabuliert. Revolution, Aufstand, Separatfrieden und dergleichen wurden wiederholt über Rußland berichtet. Das Märchen vom „Separatfrieden“ ist merkwürdigerweise noch nicht verschwunden. Seit mehr als zwanzig Monaten wurde es wiederholt frisch aufgetischt. Und noch jetzt gibt es Neutrale, die diesem Märchen Vertrauen schenken.

„Warum führen wir Krieg?“ Unter diesem Titel hat ein radikaler Schriftsteller namens Suchanow eine Schrift veröffentlicht, in der er die Behauptung aufstellt, die Volkswirtschaft Rußlands stehe der Deutschlands näher als der englischen. Diese Schrift verfolgt keinen Agitationszweck, sie ist ruhig und wissenschaftlich geschrieben und behandelt gar nicht die „Separatfriedensfrage“. Suchanow hat keine Sympathie für Deutschland, er beschäftigt sich lediglich mit ökonomischen Fragen. Dabei ist er ein Mann ohne Einfluß in Rußland. Es ist höchst sonderbar, daß man in dieser Schrift die Spuren einer „Friedensfälschung“ und zwar im Sinne eines „Separatfriedens“ erblicken wollte! Man sagte sich dabei, die russische Zensur habe sie nicht verboten, folglich sei man damit einverstanden. Allein mit Unrecht. Denn erstens: die russische Zensur ist nicht so streng, wie man vielfach zu glauben geneigt ist; zweitens: die russische Zensur hat diese Schrift vor einigen Monaten verboten, und erst nachdem der Inhalt dieser Schrift vom Komitee der Zensur geprüft war und es sich herausgestellt hatte, daß sie keine Agitationschrift, sondern lediglich eine volkswirtschaftliche Untersuchung ist, wurde das Verbot aufgehoben.

Alles in allem ergibt sich: die Ansichten von Suchanow wurden deutscherseits teils entstellt, teils abertrieben, der Verfasser und dessen Einfluß bedeutend überschätzt mit der Absicht, eine „Friedensfälschung“ im Sinne eines Separatfriedens herauszukalulieren. Die Intervention Rumäniens spricht aber deutlich dafür (denn Rumänien ist gewiß gut orientiert über die Absichten der russischen Politik), wie man in den maßgebenden russischen Kreisen über den Frieden denkt.

Eine polnische Kundgebung.

Warschau, 8. September. (W. L. V.) Der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens veranstaltete heute um 12 Uhr mittags eine Versammlung im großen Saale der hiesigen Philharmonie, um zu der Einwirkung der rumänischen Kriegserklärung auf die polnische Frage Stellung zu nehmen. Ueber 5000 Personen nahmen an der Versammlung teil. Alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten. Der Saal war überfüllt. Viele Leute standen noch auf der Straße, die keinen Einlaß mehr finden konnten. Die Versammlung trug den Charakter einer ersten politischen Kundgebung und nahm einen harmonischen Verlauf.

Es wurde eine Resolution folgenden Inhalts angenommen: daß Rußland der schärfste Gegner eines polnischen Staatswesens und der Wiederherstellung des polnischen Staates sei. Ein Sieg Rußlands bedeute für die nationale Existenz Polens die Vernichtung, daher sei die russische Niederlage die notwendige Vorbedingung für die staatliche Wiederherstellung Polens.

Die Resolution ließ erkennen, daß die Wünsche der Polen auf eine baldige Proklamation eines polnischen Staates gerichtet sind, um ihnen eine tätige Beteiligung an dem Kampfe gegen Rußland zu ermöglichen.

Weiter wurde beschlossen, durch Vermittlung des Vertreters des 1. und 2. Ministeriums des Reichens in Warschau, Baron v. Andrian, an den Grafen Tisza ein Telegramm zu senden, worin der Sympathie mit dem durch die rumänische Kriegserklärung zunächst bedrohten Ungarn Ausdruck gegeben und betont wird, daß der von Rußland den verbündeten Völkern drohenden Gefahr in gemeinsamer Abwehr begegnet werden müsse.

Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt zu dieser Meldung: „Heute berichtet das Bureau aus Warschau über die Kundgebung eines polnischen Klubs und teilt den Inhalt der

dabei angenommenen gegen Rußland gerichteten Erklärung mit. Damit wären, wie man denken sollte, die Aufgaben des Berichterstatters erfüllt. Der Berichterstatter des Wolffschen Bureaus fügt aber noch hinzu, die Erklärung ließe erkennen, daß die Wünsche „der“ Polen auf eine baldige Proklamation eines polnischen Staates gerichtet seien, „um ihnen eine tätige Beteiligung an dem Kampfe gegen Rußland zu ermöglichen“. Also nicht etwa wollen „die“ Polen gegen Rußland kämpfen, um dadurch zu einem polnischen Staate zu gelangen, sondern sie wünschen diesen Staat, um gegen Rußland kämpfen zu können! Das ist so ungerneimt, wie der Stil des ganzen Satzes. Wir fürchten, daß wir uns wieder einmal einer argen Illusion hingeben würden, wenn wir wirklich glauben wollten, daß die Polen, die vor dem Kriege unter russischer Herrschaft lebten, von einem so kriegslustigen Haß gegen Rußland erfüllt seien, wie diese Wolffsche Meldung es uns glauben machen möchte. Wir würden in der Politik weiter kommen, wenn wir uns endlich dazu entschließen könnten, Menschen und Dinge nüchtern so zu sehen, wie sie sind.“

Die französische Regierung soll die Kriegsziele bekanntgeben.

Im Gegensatz zu Masquith, schreibt die syndikalistische „Bataille“ vom 25. August, schweigt sich Briand über die Kriegsziele aus. So ernst die Gründe für sein Schweigen sein mögen, sie bleiben unverständlich. Es ist fraglich, ob die Machthaber in einer Republik mit ihrer Ansicht über eine Frage zurückhalten dürfen, die das gesamte Volk bewegt. Man glaubte, daß die Eröffnung der Generalräte einem Mitglied der Regierung Gelegenheit zur Aussprache geben würde, aber Viviani beschränkte sich darauf, über die Kriegserklärung und Kriegsführung zu sprechen, über den Frieden sagte er nur, daß er nicht vor Vergütung des begangenen Unrechts und vor dem Triumph der Gerechtigkeit kommen würde. Das sind schöne, aber unbestimmte Erklärungen, auch Briand hat in seiner Aussprache über die Haltung der Neutralen nichts zur Sache gesagt. Offenbar besteht auf seiten der Regierung eine böse Absicht, und ihr Widerstand erscheint sonderbar. Nach Besserung der militärischen Lage sündigt ein großer Teil des Volkes, daß die Regierung, beauftragt durch zweifelhafte Erfolge, sich durch einen unzeitgemäßen Ehrgeiz hinreichend läßt. Man behauptet sogar, daß das Ministerium den Chauvinisten nachgebe, vergesse, daß Frankreich nur einen Verteidigungskrieg führt, und an Eroberungen nicht denke. Man muß glauben, daß solche tollen Ideen Briand fernliegen, aber ein Wort Vandereldes gibt zu denken, er zweifle nicht am Siege des Verbandes, aber er fürchte, daß der Sieg den Deuten zu Kopf steige. Das darf nicht geschehen, das Proletariat muß auf die Regierung einen Druck ausüben, daß sie die Kriegsziele sofort und jetzt, wo die Lage noch unentschieden ist, bekanntgibt. Die des Volkes sind klar: Wahrung des eigenen Besitzstandes, Selbstbestimmung der bergewaltigen Völker, Vernichtung jedes Militarismus mit dem deutschen Militarismus. Da die Arbeiterschaft am meisten im Kriege gelitten hat, muß ihr Wille das Gesetz vorschreiben. Also, Herr Briand, sprechen Sie!

Mitteilungen des italienischen Parteisekretariats.

Aus Rom wird uns geschrieben: Das Parteisekretariat veröffentlicht im „Avanti“ und in den sozialistischen Wochenblättern ein Communiqué, in dem zunächst von der Politik des neuen Kabinetts die Rede ist, die das Sekretariat als reaktionär bezeichnet. Es wird auf die Strafandrohung für Verbreitung des Kienthaler Manifestes hingewiesen, die in Subitane die Regel bildete, während man es in Nord- und Mittelitalien unbeachtet ließ. In Subitane sind sogar Massenverhaftungen wegen dieser Verbreitung vorgekommen. Gegenüber diesem Tatbestande erklärt das Sekretariat, daß der Parteivorstand allein für die Verbreitung des Manifestes verantwortlich zu machen ist, sei es, weil er durch seine Vertreter in Kienthal an seiner Abfassung mitgewirkt hat, sei es, weil er es duldet und den Parteifunktionen mit der Aufzorderung, es zu verbreiten, zustellen ließ. Die Minister des Innern und der Justiz werden darum aufgefordert, sich nach dieser Erklärung zu richten und die wegen Verbreitung des Manifestes in Untersuchungshaft befindlichen subitalienischen Arbeiter zu entlassen.

Weiter fordert das Communiqué die Sektionen auf, gegen protektionistischen Tendenzen in der Handelspolitik Stellung zu nehmen, die drohen, das Proletariat in noch dem Kriege wirtschaftlich schwer zu schädigen „zugunsten kleiner industrieller und finanzieller Klauen und zur Förderung der imperialistischen Vorherrschaft gewisser Handelsstaaten“.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Haag, 4. September. (W. L. V.) Amtlicher Bericht über die Unruhen in Djambi. Der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien erhielt ein Telegramm aus Banglo des Inhalts, daß die Auffständigen Roocarabambesi, Roocarabesi und Sorroelangoon geplündert haben. Vom Chef des Postamts in Roocarabato ist der telegraphische Bericht eingetroffen, daß der Ort in Brand stehe. Ferner wird berichtet, daß in einem Gefecht mit den Auffständigen 15 holländische Soldaten getötet wurden, von den holländischen Truppen wurden drei Mann leicht verwundet.

Amsterdam, 4. September. (W. L. V.) „Telegraaf“ meldet aus Westerbreda, daß die Dampfer „Sandbergen“ und „Van Hogen-dorp“ mit Truppen nach Djambi abgeschickt werden.

Letzte Nachrichten.

Der rumänische Einfall in Siebenbürgen.

Budapest, 4. September. (W. L. V.) Laut Meldung des „Nj Sz“ hat sich in den letzten 24 Stunden die Lage bei Orsova wesentlich gebessert. Das Blatt schreibt: Die Stadt befindet sich in unserer Hand und sämtliche eintreffenden Nachrichten besagen, daß der rumänische Vormarsch zum Stehen gebracht worden ist. Nachdem die bei Orsova und Herulesfürds (Herulesbad) kämpfenden Truppen gestern in die Stellungen auf dem Westufer der Cerna zurückgezogen worden waren, wehrten sie in den neuen Stellungen erfolgreich heftige Angriffe ab. An der Siebenbürger Südfront geht der Feind langsam und sehr vorsichtig in den längst ausgegebenen Gebieten vor. Das seit vier Tagen geräumte Nagy Szeben (Hermannstadt) wurde gestern von der feindlichen Artillerie unter Feuer genommen. Seit einigen Tagen hat sich der rumänische Vormarsch auffallend verlangsamt, weil die Rumänen im Barzer und Esit Gebiete abzuwarten müssen bis die Stappenzugungen über die Grenze kommen. In Ghergho hat der Feind die Bässe passiert. Er gelangte in die Gegend von Ghergho-Szent-Illos im Marosial. längs der Bahnlinie versuchten die Rumänen den Fluß zu überschreiten. Unsere Artillerie vereitelte jedoch das Vorhaben.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften, Innungen und Lehrlingswesen.

Die Aufmerksamkeit, die neuerdings die Gewerkschaften den Lehrlingswesen zuwenden, und das Bestreben, die Verhältnisse der Lehrlinge in die tariflichen Bestimmungen mit einzubeziehen, wird an gewissen Stellen mit dem Hinweis beantwortet, daß ja die Ueberwachung der Lehrlingsausbildung den Innungen gesetzlich überantwortet sei. Angesichts des Eifers, mit welchem der Anspruch der Gewerkschaften zurückgewiesen wird, ist es aber nicht uninteressant zu untersuchen, was denn eigentlich die Innungen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens praktisch geleistet haben. Darauf gibt die amtliche Erhebung über die Wirkung des Handwerfergesetzes Auskunft, die zu Beginn des Jahres 1905 veranlaßt wurde. Hiernach haben im Jahre 1904 in Deutschland 7742 Innungen Lehrlingsprüfungen veranstaltet. An Einschreibengebühren haben diese Innungen 247 634 M., an Prüfungsgebühren 346 104 M., insgesamt also aus dem Lehrlingswesen 593 738 M. eingenommen. Ausgegeben haben diese Innungen für Prüfungen 189 181 Mark, außerdem für das Fortbildungsschulwesen 146 377 M. Betrachtet man auch diese Ausgabe als eine solche im Interesse des Lehrlingswesens, dann ergibt sich als Reinerwerb, den diese Innungen in einem Jahre aus dem Lehrlingswesen gezogen haben, der Betrag von 258 180 M. Daß es der Zweck der Lehrlingsfürsorge sei, aus ihr einen hohen Ueberfluß zugunsten der Innungskassen herauszuwirtschaften, wird selbst der begeisterte Innungsfreund nicht behaupten wollen.

Zum Schluß noch das Urteil eines Unparteiischen zu der Streitfrage. Professor Wilhelm Stieda schreibt im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 3. Aufl. 1910, Band VI, Seite 458:

„Leider haben die Tarifverträge mit wenigen Ausnahmen bis jetzt verfaßt, Bestimmungen über die Zahl der Lehrlinge, die in einem bestimmten Verhältnisse zur Größe der Betriebe und der Zahl der beschäftigten Gesellen stehen sollte, die Dauer der Lehrzeit, die Löhnung der Lehrlinge usw. zu treffen. Sicher könnten sie aber gerade bei der Regelung des Lehrlingswesens sehr gute Dienste leisten, da mit geneigten und schematischen Vorschriften keine Besserung erreicht werden kann, vielmehr eine nach dem besonderen Zuschnitte des einzelnen Gewerbes sich richtende Anordnung erwünscht sein muß.“

Dem sei noch hinzugefügt, daß die Ueberwachung der Lehrlingsausbildung, die nach dem Stande der Gesetzgebung ausschließlich den Innungen obliegt, nach dem Urteil einsichtiger Innungsleute sehr viel, wenn nicht alles zu wünschen übrig läßt. Eine Mitwirkung der Gewerkschaften auch auf diesem Gebiete könnte dem Gewerbe nur zum Vorteil gereichen. Das Verlangen der Gewerkschaften nach der Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens ist weit davon entfernt, utopisch zu sein. Es ist sachlich berechtigt und liegt durchaus auf dem Wege einer vernünftigen Gewerbeverbesserung. Wenn sich auch reaktionäre Elemente noch gegen die Einbeziehung des Lehrlingswesens in die Regelung durch die Tarifverträge sträuben, so wird die Entwicklung doch, vielleicht schneller als sie es erwarten, über sie zur Tagesordnung übergehen.

Deutsches Reich.

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1915.

Mit der Dauer des Krieges vergrößern sich auch die Schwierigkeiten für die Tätigkeit der Gewerkschaften. Der Transportarbeiterverband hatte zwar im Jahre 1915 immer 16 219 Neuaufnahmen erzielen können. Diesem Zuwachs steht aber ein Verlust von 67 024 Mitgliedern gegenüber. Am Schluß des Jahres 1915 verblieben rund 72 000 Mitglieder im Verbande. Die Gesamteinnahmen des Verbandes bezifferten sich auf 2 458 293 M. Einige Verwaltungsstellen hatten unter der Kriegsnot besonders zu leiden, sie bedurften eines Zuschusses von der Hauptkasse in Höhe von insgesamt 120 389 M. Dennoch stieg das Verbandsvermögen des Verbandes um 214 307 M. auf 1 720 966 M. Außerdem ist noch ein Notstandsfonds von 26 549 M. vorhanden. Die Einnahmen dieses Fonds beliefen sich im Jahre 1915 auf 229 430 M. Es sind dies freiwillige Extrabeiträge der Mitglieder für notwendige Kriegsfamilien. Für Kriegsfamilien wurden aus dem Fonds 202 890 M. ausgegeben. Die zu Beginn des Krieges aufgehobene Unterstützung in Gesundheits- und Sterbefällen ist im Jahre 1915 wieder teilweise eingeführt worden. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung der Verbandssinnungen gestattete die Ausführung dieser Maßnahme. Die Gesamtsumme aller im Jahre 1915 vom Transportarbeiterverband geleisteten Unterstützungen belief sich auf 961 080 M. Die größere Hälfte davon, und zwar 514 941 M., diente zur Unterstützung der Kriegsfamilien in besonderen Notfällen. Die Unterstützung in Todesfällen wird auch an Witwen der auf dem Schlachtfelde gefallenen Mitglieder gezahlt; die dafür aufgewendete Summe belief sich auf 112 019 M. Dagegen wurden für Streit- und Gemahregelunterstützungen nur ganz geringe Summen ausgegeben. Die Erfolge des Verbandes bei Lohnbewegungen stießen dagegen im umgekehrten Verhältnis zu den Ausgaben für Streit. Die gesamte durch den Verband für seine Mitglieder im Jahre 1915 erzielte Lohnerhöhung ergibt die Summe von 10 641 382 Mark. Das war das Ergebnis für 94 401 Personen bei 664 Lohnbewegungen in 4465 Betrieben. Nur in 21 Betrieben mit 189 Beschäftigten kam es zum Streit. Zum erstenmal, seit der Verband eine Lohnbewegungsstatistik führt, also seit 20 Jahren, ist die Tatsache zu verzeichnen, daß alle Angriffe und Abwehrbewegungen ganz oder teilweise erfolgreich für die Beteiligten beendet wurden, so daß kein Mißerfolg zu verzeichnen ist. Die Erfolge bei den Bewegungen erstreckten sich außerdem auf Verkürzung der Arbeitszeit, für 1006 Beteiligte 4295 Stunden wöchentlich, ferner auf Verzögerung der Ueberstunden, höhere Vergütung der Sonn- und Festtags- und der Nachtarbeit, sowie Bewährung von Ferien. Die früher abgeschlossenen Tarife wurden fast ausnahmslos nach gegenseitiger Verständigung aufrecht erhalten, zum Teil erneuert und für die Arbeiter verbessert. Neue Abschlässe von Tarifen erfolgten nur in 83 Betrieben.

Die Arbeitsvermittlungstätigkeit des Verbandes konnte keine so umfangreiche wie in Friedenszeiten sein, weil die Gewerbetriebe um freie Arbeitsstellen vielfach fehlten. So konnten von den in den 25 Arbeitsnennungen des Verbandes gemeldeten 46 812 freien Stellen nur 32 074 besetzt werden. Verbandsmitglieder waren überhaupt nur 22 097 arbeitslos gemeldet gegen 59 925 im Jahre 1914.

In der sozialpolitischen Tätigkeit der Organisation nahm die Arbeitslosenfürsorge und die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer, besonders für die Kriegsbeschädigten, einen breiten Raum ein. Mit einer ganzen Reihe von Unternehmervereinigungen gelang es der Verbandsleitung, Verträge abzuschließen, auf Grund deren die Arbeitsbedingungen der aus dem Kriege zurückkehrenden Kollegen geregelt werden. So ist heute schon für die Zeit nach dem Friedensschluß vorgesorgt; innigster Wunsch ist nur, daß die Stunde recht bald eintreten möge.

Ausland.

Lebensmittelteuerung und Arbeiterschaft in England.

Ein Londoner Brief der „Daily Mail“ vom 29. August berichtet über die Erregung, welche die Teuerung unter der englischen Arbeiterschaft hervorgerufen hat. In Dundee drohen 30 000 Arbeiter mit dem Streik, unter den Eisenbahnern und Textilarbeitern in Leicester wächst die Unzufriedenheit. Die Arbeiter können mit ihren derzeitigen Löhnen unmöglich leben. Der Generalverband der Gewerkschaften fordert die Wiederherstellung des Streikrechts, bis die Regierung eine Verbilligung der Lebensmittelpreise erreicht. Der Nationalausschuß der „War Emergency Workers“ erklärte dem Premierminister, daß er zu sehr für die Vorteile der Dampfschiffgesellschaften sorge. Es wäre ein Unrecht, daß diese schrankenlose Gewinne anhäufen dürften, während es den Arbeitern nicht erlaubt sei, die Forderung nach höheren Löhnen zu erheben. Der „Board of Trade“ habe vor zwölf Jahren 2 1/2 Schilling als genügend zur Ernährung einer Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei bis vier Kindern, befunden, daselbe Quantum von Nahrung koste heute 4 1/4 Schilling. Im Gegenjahre dazu habe eine Meierei allein 84 Millionen im Jahre verdient. Ueber die Ursache der Preissteigerung des Getreides seien die Minister selber nicht einig, nach Asquith sei sie durch die Amerikaner herbeigeführt, nach Bunciman dagegen folgen die Preise in New York nur denen in Liverpool. Aber wie dem auch sei, es müsse schleunigst Abhilfe getroffen werden, das Interesse einzelner zähle nicht, wenn das des ganzen Landes auf dem Spiel stehe. Wollte man noch warten, bis sich die Lage weiter zuspitze und die Einigkeit in die Brüche gehe? Das wäre gefährlich, denn es hieße, den Sieg in Frage stellen. Es wäre aber auch eine Verkennung der Interessen der Verbündeten, die England wertvoller sein mühten als der Vorteil einiger Meeder und Spekulanten.

Das Syndikat der italienischen Eisenbahner und die Vorschläge der Kommission.

Rom, 21. August. (Fig. Ver.) Die größte Organisation der italienischen Eisenbahner, das Syndikat, hat soeben über die Stellungnahme zu den Vorschlägen der Igl. Kommission beraten. Das Komitee hat eine Tagesordnung angenommen, die bedauert, daß verschiedene kleine Organisationen des Personals der Staatsbahnen bereits die baldige Durchführung der Vorschläge der Igl. Kommission gefordert haben, obwohl diese Vorschläge bis zur Stunde den Interessenten noch gar nicht mitgeteilt worden sind. Die Tagesordnung fordert dann alle Sektionen auf, die Berichte der Kommission gründlich zu prüfen, um eventuell die Forderungen vorzuschlagen, die sich als nötig erweisen. Falls die Regierung nach Einbringung der Amendements der Organisation die Anwendung der seit Jahren geforderten Reformen verzögern sollte, schlägt das Komitee vor, eine Agitation für die Bewilligung einer Entschädigung ins Werk zu setzen, welche Entschädigung vom Zeitpunkt der Einbringung der Amendements bis zur Anwendung der Reformen dem Personal ausbezahlt werden sollte. Es sind sofort überall Sektionsversammlungen einzuberufen, um den Willen des Eisenbahnproletariats kundzutun, seine Rechte zu vertreten. — Das Komitee, das auch vom Verkehrsminister Arlotto empfangen wurde, hat von diesem die Amnestie für alle in Folge der Eisenbahnerstreiks gemahregelten Kollegen gefordert und die Notwendigkeit eines Zuschusses für die Lebensmittelteuerung dargelegt. Der Minister hat versprochen, diesen Forderungen Rechnung zu tragen.

Aus der Partei.

Kreisbesprechung in Niederbarnim.

Da die im Juni d. J. stattgefundene Kreisgeneralversammlung, um unnütze Geldausgaben zu vermeiden, den Kreisbesprechungen das Recht übertragen hatte, etwa notwendige Wahlen vorzunehmen, so beschloß sich die letzte Konferenz mit der Stellungnahme zur Reichskonferenz und den dazu benötigten Wahlen. Die Konferenz erklärte sich mit der Beteiligung einverstanden und wählte zu Delegierten die Genossen Wigke und Jänemann, Lichtenberg, als Kreisdelegierte die Genossen Karl Kieffegang und Konow. In die Wahlkommission wurde an Stelle des zum Heeresdienst eingezogenen Genossen Leske der Genosse Kuelins-Weißensee gewählt.

Wachstum der holländischen Partei.

Wie wir „Het Volk“ entnehmen, ist die Partei auch im zweiten Quartal 1916 weiter gewachsen. Sie hat sich um 275 Mitglieder vermehrt. Die Zunahme betrug im ersten Quartal 145. Der Mitgliedererwerb, der während der Wahlen erlangt wurde, ist in der für 30. Juni veröffentlichten Ziffer nur teilweise ausgedrückt. Die Anzahl der neu eingetragenen Mitglieder übertrifft mit 1326 die von allen früheren Quartalen in der Kriegszeit; die der Abstrichungen wegen „Bedenken“ ist mit 606 niedriger als in manchen anderen Vierteljahre. Die Zahl der Abstrichungen bleibt 407. Georganisiert wurden sieben mit zusammen 78 Mitgliedern; aufgelöst wurden ebenfalls sieben mit zusammen 85 Mitgliedern.

Eine steigende Mitgliederzahl wiesen die folgenden ländlichen Verbände auf: Groningen, Oronde, Overijssel, Gelderland, Midden-geest, Südholland-Ost; einen Rückgang: Friesland, Nord-Holland, Süd-Holland-West, Zeeland und Nord-Brabant. Von den Städten gewannen mehr Mitglieder Rotterdam und Utrecht, verloren haben Groningen und Amsterdam.

Eingegangene Druckschriften.

- Die Glocke. Heft 23. Sozialistische Wochenchrift. Herausgegeben von Varus. 30 Pf. — Verlag für Sozialwissenschaft, München.
- Die Frau. Monatschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit, herausgegeben von Helene Lange. Viertel. 2,50 M. — S. Roeder, Berlin S. 14.
- Arbeiterpolitik. Heft 11. Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus. 15 Pf. — Verlag in Bremen, Wallerstraße 52.
- Adenarius Balkenbuch. Taschenausgabe. 2 M. — G. D. S. Callweh, München.
- Agar-Rompah. Adressbuch der österreichischen Landwirtschaft. Herausgegeben von R. Ganel. 1788 S. — Kompah-Verlag, Wien, Gamsinggasse 10.
- Niemings Karte von Rumänien und Nachbargebieten. 1 M. G. Nieming, Berlin W. 50.
- Das junge Europa. 2. Jahrg. Heft 7/8. Ungarische Zeitschrift, herausgegeben von Dr. Elemér Dalnoky. Einzelheft 1 M. — Verlag in Berlin, Neue Winterfeldtstr. 46.
- Witzbuch von Lehrer E. Herrmann. Brosch. 70 Pf. — E. Geinrich, Dresden-St. Kleine Reichergasse 4.
- Praxisausbildung und Parteiführer in der deutschen Sozialdemokratie. Von Dr. R. Berger. 1,40 M. — Die lohnende Taubenstadt. Von Elisabeth Kries. Geb. 1,20 M. — Volksvereins-Verlag R.-Stadbach.

Schafft das Gold zur Reichsbank!

Vermeidet die Zahlungen mit Bargeld!

Jeder Deutsche, der zur Verringerung des Bargeldumlaufs beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes.

Mancher Deutsche glaubt seiner vaterländischen Pflicht völlig genügt zu haben, wenn er, statt wie früher Goldmünzen, jetzt Banknoten in der Geldbörse mit sich führt oder daheim in der Schublade verwahrt hält. Das ist aber ein Irrtum. Die Reichsbank ist nämlich gesetzlich verpflichtet, für je Dreihundert Mark an Banknoten, die sich im Verkehr befinden, mindestens Hundert Mark in Gold in ihren Kassen als Deckung bereitzuhalten. Es kommt aufs gleiche hinaus, ob hundert Mark Goldmünzen oder dreihundert Mark Papiergeld zur Reichsbank gebracht werden. Darum heißt es an jeden patriotischen Deutschen die Mahnung richten:

Schränkt den Bargeldverkehr ein!

Veredelt die Zahlungssitten!

Jeder, der noch kein Bankkonto hat, sollte sich sofort ein solches einrichten, auf das er alles, nicht zum Lebensunterhalt unbedingt nötige Bargeld sowie seine sämtlichen laufenden Einnahmen einzahlt.

Die Errichtung eines Kontos bei einer Bank ist kostenfrei und der Kontoinhaber erhält sein jeweiliges Guthaben von der Bank verzinst.

Das bisher übliche Verfahren, Schulden mit Barzahlung oder Postanweisung zu begleichen, darf nicht das herrschende bleiben. Richtig sind folgende Verfahren:

Erstens — und das ist die edelste Zahlungssitte —

Ueberweisung von Bank zu Bank.

Wie spielt sich diese ab?

Der Kontoinhaber beauftragt seine Bank, der Firma oder Privatperson, der er etwas schuldet, den schuldigen Betrag auf deren Bankkonto zu überweisen. Natürlich muß er seiner Bank den Namen der Bank angeben, bei welcher der Zahlungsempfänger sein Konto unterhält. Jede größere Firma muß daher heutzutage auf dem Kopf ihres Briefbogens vermerken, bei welcher Bank sie ihr Konto führt. Außerdem gibt eine Anfrage am Fernsprecher, bisweilen auch das Adressbuch (z. B. in Berlin und Hamburg) hierüber Aufschluß.

Weiß man nur, daß der Zahlungsempfänger ein Bankkonto hat, kann aber nicht feststellen, bei welcher Bank er es unterhält, so macht man zur Begleichung seiner Schuld von dem Scheckbuch Gebrauch.

Zweitens

Der Scheck mit dem Vermerk „Nur zur Verrechnung“.

Mit dem Vermerk „Nur zur Verrechnung“ kommt zum Ausdruck, daß der Zahlungsempfänger keine Einlösungen des Schecks in bar, sondern nur die Gutschrift auf seinem Konto verlangen kann. Bei Verrechnungsschecks ist auch die Gefahr beseitigt, daß ein Unbefugter den Scheck einlösen kann, der Scheck kann daher in gewöhnlichem Brief, ohne „Einschreiben“, versandt werden, da keine Barzahlung seitens der bezogenen Bank erfolgen darf. Nach den neuen Steuergesetzen fällt der bisher auf dem Scheck lastende Scheckstempel von 10 Pf. vom 1. Oktober d. J. an fort.

Drittens

Der sogenannte Barscheck, d. h. der Scheck ohne den Vermerk „Nur zur Verrechnung“.

Er kommt dann zur Anwendung, wenn der Zahlungsempfänger kein Bankkonto besitzt und daher bare Auszahlung verlangen muß. Er wird in dem Maße aus dem Verkehr verschwinden, als wir uns dem ersehnten Ziel nähern, daß jedermann in Deutschland, der Zahlungen zu leisten und zu empfangen hat, ein Konto bei dem Post-scheckamt, bei einer Bank oder einer sonstigen Kreditanstalt besitzt.

Darum die erste Mahnung in erster Zeit:

Schaffe jeder sein Gold zur Reichsbank!

Mache jeder von der bankmäßigen Verrechnung Gebrauch!

Sorge jeder in seinem Bekannten- und Freundeskreis für Verbreitung des bargeldlosen Verkehrs!

Jeder Pfennig, der bargeldlos verrechnet wird, ist eine Waffe gegen den wirtschaftlichen Vernichtungskrieg unserer Feinde!

Chronik des Weltkrieges.

5. September 1914.

Vom westlichen Kriegsschauplatz liegen amtliche Nachrichten nicht vor. Ebenfalls vom östlichen Kriegsschauplatz.

Dagegen wird nach Rotterdam Nachrichten aus Petersburg gemeldet, daß die Russen Lemberg eingenommen haben.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Militärverwaltung die Reservisten und den nichtausgebildeten Landsturm bis zum 45. Lebensjahre, der bisher als beurlaubt galt, zum Einrücken auffordert.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz keine wesentlichen Ereignisse.

5. September 1915.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz weiteres Vordringen der deutschen und österreichischen Armee. 4500 Gefangene wurden eingebracht.

Auf dem Kriegsschauplatz im Kaukasus werden die Russen nördlich von Urages zurückgeschlagen. Sie verloren 400 Gefangene.

Keine Breimolluskensfroshnatur.

Von Konrad Haenisch.

Da der „Vorwärts“ es in seinem Leitartikel vom Sonntag (27. August) für „unumgänglich“ erklärt, daß sich die verschiedenen Richtungen in der Partei zu den Seilmännischen Interpretationen äußern, so bitte ich als Schriftleiter der „Glocke“, zu diesem Leitartikel folgende Bemerkungen machen zu dürfen:

Ich bin mit dem „Vorwärts“ ganz einer Meinung, daß in der Frage nach der Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegs- und Friedenszielen jedes ängstliche Darumherumgerede, jedes Verschleiern und Vertuschen durchaus von Uebel ist. Durch „Ausprechen dessen was ist“ kommen wir wie immer so auch hier am weitesten. Gerade deshalb habe ich auch als Schriftleiter der „Glocke“ den Artikel des Genossen Seilmann (ohne mich im übrigen mit allen seinen Ausführungen, insbesondere mit seinen theoretischen Betrachtungen über Reform und Revolution, völlig zu identifizieren) mit ganz besonderer Freude aufgenommen. Gängt Seilmann hier doch endlich einmal in der Frage, auf die jetzt alles ankommt, der Sache die Stelle um!

Der „Vorwärts“ interessiert sich vor allem für die Stellung der Mehrheit zu den Friedenszielen. Nun, nach meiner Kenntnis der Dinge hat Seilmann in seinem „Glocken“-Artikel die grundlegende Auffassung der Mehrheit durchaus richtig gekennzeichnet. Jawohl, wir wünschen und erstreben in der Tat aus voller Seele den Sieg des eigenen Landes und es ist mir nur höchst befremdlich, wie der „Vorwärts“ sich über diese Selbstverständlichkeit wundern kann. Mir wenigstens ist auch nicht ein Mehrheitspolitiker bekannt, der unser Streben je geäußert hätte. Was aber die viel berufenen „Annektionen“ betrifft, so habe ich für meine Person nie einen Oehl daraus gemacht, daß ich im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft eine weitgehende Sinauschiebung unserer Grenzen gegen Osten hin für ein höchst erstrebenswertes Kriegsziel halte (etwa bis zur Narew-Linie, daneben haben wir auch die Schaffung eines unabhängigen Polen mit Freuden zu begrüßen). Nicht minder erstrebenswert erscheinen mir aber

*) Wegen Raummangels mußte der Artikel einige Tage zurückgestellt werden. D. Red.

auch reale Sicherungen dagegen, daß Belgien auch künftig noch das Einfallstor Englands nach Mitteleuropa hin bleibt — soweit solche Sicherungen unter Aufrechterhaltung des staatlichen Eigenlebens des belgischen Volkes erreichbar sind. Wie ja überhaupt über die Durchsetzung aller Friedensziele das letzte Wort erst das militärische Endergebnis selbst sprechen wird!

Es geht jetzt in der Tat nicht mehr, daß der einzelne seine Meinungen in diesen Dingen hinter allgemeinen und vieldeutigen Redensarten versteckt. Darum erkläre ich rundheraus, daß nach meiner Auffassung die Friedensziele der Sozialdemokratie etwa in derselben Richtung zu liegen haben wie jene Friedensziele, die der Reichskanzler in seiner bekannten Rede vom 9. Dezember 1915 und später entwickelt hat. Ich sage das auch auf die Gefahr hin, daß der „Vorwärts“ mich abermals „Sozialimperialist“ oder sonstwie nennt — vor bloßen Worten soll man heute wirklich keine Angst mehr haben!

Ganz im Sinne dieser Auffassung haben sich übrigens, was dem „Vorwärts“ merkwürdigerweise neu zu sein scheint, Vertreter der Mehrheit schon oft geäußert, und niemals ist meines Wissens dagegen ein Widerspruch aus den Reihen der Mehrheit selbst, wie ihn der „Vorwärts“ so lebhaft herbeiwünscht, laut geworden. Vielleicht darf ich auf das hinweisen, was ich selbst schon vor einem halben Jahre in meinem Buche „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“ darüber geschrieben habe, ohne daß auch nur eins der zahlreichen Mehrheitsblätter, die das Buch zustimmend besprochen haben, dagegen den leisesten Widerspruch erhoben hätte. Ich sage da:

„Alle Mehrheitsvertreter, die den einen großen Augustklub von Wendel bis Binnig und von Parvus bis Peus bilden, sind tief innerlich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in diesem großen Völkerringen das Interesse der deutschen Arbeiterklasse mit ehernem Keiten gesamtet ist an das Interesse der deutschen Nation. Sie sind davon durchdrungen, daß die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zukunft des deutschen Völkerrings . . . bei einem Siege der Feinde Deutschlands vor derurchbarsten Katastrophe stünde . . . Aus dieser klaren Erkenntnis heraus . . . stehen deshalb alle diese Sozialdemokraten fest und unerschütterlich zu den höchsten deutschen und ohne im mindesten den höchsten Menschheitsidealen der Kultur und des Sozialismus untrennbar zu werden . . . sind sie nicht nur mit der Kühle ihres Verstandes, sondern auch mit der vollen Wärme ihres Herzens bei der Sache Deutschlands . . . Deshalb weisen wir jene zaghafte Schwachherzigkeit weit von uns, die wohl den Berg waschen will, aber ihn nicht nah zu machen wagt. . . Gerade als alle, in hundert Schlachten erprobte Vorkämpfer im großen Ringen der Klassen sind sich die Vorkämpfer der sozialistischen Mehrheit völlig darüber klar, daß auch im Kampfe der Nationen, wenn die Dinge nun einmal ohne unser Zutun und gegen unsern Wunsch und Willen zur blutigen Entscheidung herangereift sind, nicht mehr sentimentale Redensarten den Ausschlag geben, sondern einzig und allein die größere militärische Macht. . . Bei allem unsern Abscheu vor der blutigen Barbarei des Krieges können wir deshalb nur wünschen, daß er — einmal ausgebrochen — nun auch mit der Entschlossenheit und mit den Mitteln zu Ende geführt werde, die den raschesten und gründlichsten Sieg herbeiführen, um so die Menschheit so schnell wie möglich von all den Schrecken dieser Tage zu befreien und die Wiederkehr solcher Schrecken für immer unmöglich machen.“

Das ist auch heute noch meine Meinung und, wie ich zuversichtlich hoffe, zugleich die Meinung der überwältigenden Masse der deutschen Sozialdemokraten.

Die vorstehenden Ausführungen waren schon am Sonntag geschrieben, bevor die italienische Kriegserklärung an uns und der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg bekannt waren. Diese neuen Ereignisse können mich in meiner

Grundauffassung nur bestärken. Angesichts der durch die Vorgänge der letzten Tage für Deutschland noch allgemeiner gesteigerten Gefahr bleibt gar nichts anderes übrig, als daß unser ganzes Volk, einschließlich seiner Arbeiterschaft, nicht nur militärisch, sondern auch geistig und politisch in entschlossenem Siegeswillen wie ein Mann zusammensteht bis zur Erkämpfung eines Friedens, der Deutschland so oder so nach Möglichkeit gegen die Wiederkehr derartiger Gefahren sichert. Theoretische Floskeln über die „prinzipielle“ Verwerflichkeit jeder Verletzung von Grenzsteinen sind in diesem Augenblick wirklich weniger am Platze als je! Denn auch dem Blödesten dürfte es jetzt klar geworden sein, daß der Hauptfeind wahrhaftig nicht die theoretischen Ueberanexionisten im eigenen Lande sind, deren Pläne, soweit sie in der Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände und in der bekannten Professoren-Denkschrift vom vorigen Jahre zu Worte gekommen sind, auch ich für politisch schädlich und darum für bekämpfenswert halte. Doch die Väume dieser deutschen Ueberanexionisten nicht in den Himmel wachsen, dafür ist wahrhaftig gesorgt! Unendlich viel gefährlicher sind die praktischen Anexionisten des feindlichen Auslandes, deren ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, unser Vaterland und seine Arbeiterklasse in den Zustand völliger wirtschaftlicher und politischer Ohnmacht hinabzubringen. Sie und niemand sonst bilden auch den Hemmschuh gegen die schnelle Herbeiführung des Friedens, den wir alle ohne Ausnahme von ganzem Herzen herbeisehnen.

Diesen Tatbestand zu verschleiern und den falschen Anschein zu erwecken, als hinge die Erreichung des Friedens vom guten oder üblen Willen der deutschen Regierung ab, ist eine Irreführung, gegen die nicht scharf genug protest erhoben werden kann. Haenisch.

Interessant ist, daß Haenisch Seilmanns Behauptung, die damit verbundene Gebietsveränderungen, aus „seiner Kenntnis der Dinge“ bestätigt. Wir zweifeln nicht, daß Haenisch bei seiner Stellung zur Mehrheit einiges Recht hat, sich eine Kenntnis der Auffassung seiner Mehrheitsfreunde anzueignen. Um so notwendiger wäre da die von uns geforderte klare und eindeutige Erklärung der von Seilmann und Haenisch für ihre Ansicht rekrutierten Parteinstellen, da sonst der ganze Friedensaufruf des Parteivorstandes zu einer bloßen Geste würde, die bei den Genossen alles andere als freudige Anerkennung finden müßte. Diese unumwundene Erklärung gegen jede anexionistische Richtung wäre um so dringlicher, als Haenisch selbst darauf hinweist, daß aus den Reihen der Mehrheit niemals ein Widerspruch gegen das von Haenisch, Seilmann und anderen vertretene Programm der territorialen und militärischen Machterweiterung Deutschlands erhoben worden sei.

Zu den Einzelheiten des für die Partei so interessanten Artikels des Genossen Haenisch können wir uns leider aus den bekannten Gründen nicht näher äußern.

Nur darüber können wir unsere Verwunderung ausdrücken, daß Haenisch, der selbst so leidenschaftlich ein so ansehnliches anexionistisches Programm den Gegnern gegenüber vertritt, sich über die Anexionisten des Auslandes entrüstet. Wie Haenisch unter solchen Umständen überhaupt „so oder so“ (!) zu einer Sicherung „gegen die Wiederkehr derartiger Gefahren“ kommen will, bleibt uns völlig rätselhaft. Falls es dem Genossen Haenisch trotz seiner sozialimperialistischen Verantheit in weltpolitische Ueengänge, die vor dem Kriege alle Sozialisten mit Entschiedenheit von sich gewiesen haben, noch möglich sein sollte, einmal nach dem die politische und militärische Lage zu überdenken, so würde er doch wohl einsehen müssen, daß es sich bei diesen Fragen wahr-

Friedliches von der Ostfront!

Ein Berliner Arbeiter sendet uns folgende Schilderung.

Es ist ein schwieriges Vorwärtskommen auf den kletten, morastigen Waldwegen, die durch den dauernden Regen nicht mehr trocken werden. Dazu sind sie auch noch von unseren schweren Fußwerkzeugen tief aufgewühlt, so daß die Räder oft bis an die Achsen in den Schlamm einsinken. Zu beiden Seiten des Weges säßen die Ästen bei ihrem Nackzuge Ornen, Virenen und Tannen freu und quer durcheinander, um unsern Vormarsch zu hindern. So bin ich endlich froh, in dem nun beginnenden Hochwald etwas Besseren Weg zu finden. Dann sehe ich nach langer Zeit wieder einmal Feld vor mir liegen und habe nun einen weiten Ausblick über Wiese und Hügel. Die Brust wird wie von einem erdrückenden Alp befreit, als der immerwährende Wald hinter mir liegt. Und nun geht's an rohen Felderzählungen entlang in die sommerliche Pracht des im glühenden Sonnenschein daliegenden Acker. Da grünt's und blüht's in allen Farben. Vieles ist auch schon zur Reife gekommen, meist jedoch nur Gras und Unkraut. Von Feldfrüchten ist hier wenig zu sehen. Doch halt, dort ist ja Oaser und dort Gerste und dort sogar Roggen. Komme ich aber näher, so finde ich nur einige Palme, als Früchte der im Herbst verstrouten Körner. Aber dazwischen blühen Disteln mit vollen Kronen, Kamillen, Margueriten, Ackerrot, von dem es im Spreewald heißt: „Ackerrot, in vier Wochen gibt es neues Brot“. Dann Wegerich, Melde, Winde, Brennesseln, Kornblumen, Storchschnabel, Rittersporn, Schafgarbe und noch manch anderes Gewächs wild durcheinander.

Dort ist auch ein Ackerfeld mit seinem rot-weißen Blüten Teppich. Noch weiter hinten liegt eine Wiese. Darauf auch schon Gras in Schwaden. Ein Friedensbild. Vier Männer schreiten mit gleichem Schlag durch den Grund, um für den Winter vorzuliegen. Da denke ich im ersten Augenblick an unser Heimatland. Aber das hier sind Landleute im Soldatenrock. Wo sind die bunten Viehherden? Die schwer beladenen Heuwagen, die hellen, lustig flatternden Kopfstücker der Frauen und Mädchen? Das fröhliche Stimmengewirr der arbeitenden Bevölkerung? Nichts! Keine Spur von Frieden. Ueberall liegt Tod und Verderben auf der Lauer. Darum sucht sich auch jeder nach Möglichkeit so zu bewegen, daß er vom Feinde nicht gesehen werden kann. Darum auch liegt das sonst so fruchtbare Land unbestellt und verwildert da. Und das Unkraut findet eine Stätte zum Wuchern. Wo doch noch etwas Futter für die Pferde steht, kann meist nur in der Abenddämmerung gemäht und eingeholt werden. Ebenso wie der Acker sind die Gehölze und die Gärten verwitwet und verlassen. Da blüht wider Wahn, Arefe, Disteln, Kamillen, Brennesseln, Afern, Schwertlilien, Rittersporn, Gartenschierling usw. eng beieinander. Auch einige vorjährige Moosrüben machen sich mit ihren großen Goldblüten breit. Meerrettich mit seinen großen Blättern sucht auch noch ein Licht zu kommen. Auch von Erdbeeren sind noch Spuren. Doch Gras und Kraut haben die liebliche Frucht unterdrückt. Jeder Garten hat auch hier Kirschen- und Birnbäume, auch Pflaumen, doch weniger Kirschkörbe. Nur wenige

es im Frieden schon an sachkundiger Behandlung. Und jetzt? Die Stachelbeersträucher vom Neiklan besallen und vermindert. Himbeere und Johannisbeere, alles verlangt nach der hilfsreichen menschlichen Hand. Doch wann kommt diese? Wo ist der Bauer? Wo ist der Eigentümer? Lebt er noch? Oder hat er auch schon unter grünnenden Aalen sein lächles Weid gefunden? Wer gibt darauf Antwort?

Die gute Mutter Natur, die in mildtätigen Wirken die Schäden des menschlichen Tuns verdeckt, sucht alles zu schmücken. Fast alle Granatäpfel sind verschwunden. Die Wege und Stege haben sich alle ein gelines Kleid angelegt. Wo sich jedes Fleckchen Erde und Heide mit blühenden Pflanzen schmückt und bedeckt, will sogar der garstige Laus- und Schlingengraben nicht zurückbleiben. Er sucht sich als Ausnahme auch gleich Pflanzen, die man in weitem Umkreise nicht erblickt. Es muß der Same wohl in der Erde gelegen haben und durch Licht und Wärme wieder zu neuem Leben erweckt sein. Auch so manches einsam liegende Soldatengrab liegt jetzt in blühendem Schmuck. An meinem Wege ruht ein Vaterlandsverteidiger. Ueber seinem Grab breitet sich, wie schützend, ein blühender wilder Rosenstrauch aus. Und im Grabe zirpen die Grillen. So gelang ich an meinen Bestimmungsort, um meinen Kameraden abzuholen.

Ein Blick durchs Scherenfernrohr: Durch das Gelände zieht sich die Düna wie ein silbernes Band. Die Eiszeit und jenseits der Drahtverhau regt sich nichts. Keine Spur von Menschen, obwohl auch drüben scharfe Augen Ausschlag halten. Es ist Sonntag heut. Ich verlasse das Scherenfernrohr und trete ins Freie, um noch etwas vom Abend zu genießen. Ruhig liegt das Land, wie im Märchen von Dornröschen. Goldig geht die Sonne im Westen unter. Dunkle Wäme eines fernen Hügels spiegeln sich im schattigen Flußtal. Von fern erklingt ein Vieh herüber: „Sonntag ist's“. Fast feierlich ist die Stimmung im dämmernden Abend. Der breite Astverhau vor dem Berg fällt sich in dunkles Grau. Ein Stern nach dem andern zeigt sich am Himmelsbogen. Im Grase glimmst und glüht es von tausend Leuchtstäben. Eine laus Sommernacht beginnt. Die Schnur nach der Heimat wird wieder so recht reger.

Heute ist ein dienstfreier Tag. Das Wetter ist schön. So wollen wir, mein Kamerad und ich, uns heute körperlich erfrischen. Eine Stunde Wegs hinter unserem Lager liegt durch flache Wiesen ein Bach. Er hat wohl die Breite von fünf Metern. Wietet aber trotz des moorigen Wassers genügend Gelegenheit zum Schwimmen. An unserem Wege treffen wir einen Zwupp Kameradsoldaten. Beschäftigt mit dem Bau eines Wahnkörpers für eine Feldbahn durch den dichten, russischen, fast mochte ich sagen Urwald. Die Arbeit wird mit deutscher Gründlichkeit und Gleichmäßigkeit hergestellt, so daß man, wie der Westfälinger sagt, Spah daran hat. Auch eine Brücke über den Bach wird gebaut. Der Bau der Straßen ist wohl noch das einzige Gute, was der Krieg hier schafft. An den gut ausgebauten Straßen und Brücken werden die Einwohner später doch Freude haben. Sonst bringt der Krieg überall nur Verwüstung und Verödung.

Nachdem wir uns in der kühlenden Flut genügend gebadet, strecken wir uns wohligh ins Gras, um kurze Zeit ein Sonnenbad

zu nehmen. Auch hier eilen die Gedanken wieder in die Heimat gedankend der schönen Stunden, die jeder verlebt hat an den Seen der Umgegend der Stadt Berlin. In der gemeinschaftlichen Futurpartien in der schönen Mark Brandenburg. Still gelobe ich mir, das Verflamte nachzuholen. Ob es noch möglich sein wird?

Auf dem Heimweg streifen wir seitwärts durch den Wald. Doch viele Sumpfstellen zwingen zu großen Umwegen. Da springt unvermutet ein Reh auf und setzt in großen Sprüngen davon. Ein feltener Anblick. Auch einzelne Hasen gibt es noch hier. Doch im hohen Gras bekommt man jetzt kaum einen zu sehen. Die Vogelwelt ist hier sehr zahlreich vertreten. Vom Habicht, Eule, Wirtshuhn bis zu den kleinsten Weisen. Auch eine Wandelturbinde konnte ich beobachten. Die Straße führt mich durch ihr buntes Gefieder in Verwunderung. Unerwartet fanden wir auch ein Plätschen, wo schöne Walderdbeeren standen. Wir liehen uns auch nicht lange nötigen und sammelten von der roten Frucht. Ein erfrischender, langentbehrter Genuß. In einem Sprichwort heißt es: „Keine Holen ohne Dornen!“ Auch wir sollten das bald spüren. Denn die Fliegen, vor allem Mücken, sind im dichten Wald so zahlreich, daß wir das Plätschen aufgeben mußten. Die Waffe, mit der wir die Mücken bekämpfen konnten, nämlich große dicke Rauchwolken aus der brennenden Tabakspfeife, hatten wir nicht bei uns. So mußten wir weitergehen, um die Plage los zu werden, obwohl es uns nicht leicht war, die schönen Seen stehen zu lassen. Bei dem Suchen waren wir hin und her gegangen und wußten den richtigen Weg nicht, der uns zu unserem Lager führen sollte. Wir gingen daher einem schwach angelegten Fußweg nach und kamen bald auf eine Wiese in einer Lichtung. Durch den Grund zog sich ein Wassergraben. Eine Brücke war nicht da. Doch da kamen wir gut hinüber. Aber jetzt waren wir in einen Sumpf geraten, und bevor wir es uns verfahren, hatten wir und die Stiefel vollgeschöpft. Mit etwas schnellerem Tempo eilten wir nun nach Hause. Viele Blaubeeren trafen wir noch. Und wir sagten uns, hier müssen wir ein andermal pflücken. Als wir dann im Quartier ankamen, schmeckte uns der Kaffee und das Vesperbrot vorzüglich.

Wiese wachsen hier reichlich. In großer Zahl findet sich Pfefferling mit würzigem Geschmack. Steinpilz, Maronepilz, Reizler, Stimmelpilz und Riegenbart. Doch schade, daß nicht auch gleich die Mutter dazu unter oder an den Bäumen wächst, sonst könnten wir uns schon schmackhaftes Gericht machen. Das Kochen und Braten hat schon jeder gelernt. Die Erfahrung und das Können der einzelnen halfen sich hier gegenseitig aus. Das Waldbeeren sammeln erfordert Geduld, doch der Soldat hat auch schon diese in reichem Maße erworben. Und so geht es mit Eifer über die Blaubeeren her. So mancher Familienvater bedauert aufs lebhafteste, daß seine Kinder nicht die Gelegenheit haben, mit ihm suchen zu können. Hier ist nicht wie so oft in deutschen Ländern das Verensuchen im Walde verboten. Hier braucht niemand Erlaubnis zum Beerenpflücken. Unter allerlei Gesprüchen fällen sich unsere Behälter allmählich mit der köstlichen, erfrischenden Frucht. Wir geben zu unseren Quartieren zurück, um uns in Ruhe an den Waldbeeren zu laden. (2)

fastig nicht um „theoretische Floskelnereien“ handelt, sondern um die eminent praktische und realpolitische Schicksalsfrage, wie der Krieg überhaupt beendet werden kann. (z) Die Redaktion des „Vorwärts“.

Reichskanzler und „Correspondenzblatt“ über die Ernährungsfrage.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand am 19. Juli eine Eingabe an den Reichskanzler gemacht, in der ihre Wünsche auf einigen Gebieten der Volksernährung zusammengefaßt und insbesondere die unzulänglichen Maßnahmen gegen die Teuerung kritisiert wurden. Der Reichskanzler hat diese Eingabe unter dem 10. August beantwortet, selbstverständlich unter der Adresse der Generalkommission, obwohl uneres Wissens der Parteivorstand noch nicht nach dem Empfänger übergeben ist.

In seiner Antwort erkennt der Reichskanzler die Berechtigung des Wunsches an, die vorhandenen Lebensmittel möglichst gleichmäßig und gerecht zu verteilen und die Lebensmittelpreise während des Krieges auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Daß auf diesem Gebiet noch Mängel beständen, erkenne er an. Die Erleichterung des Kriegsernährungsnots lege Zeugnis ab von dem Bestreben, die Verhältnisse zu bessern. Soweit die Verteilung der Nahrungsmittel in Frage komme, sei eine Besserung der Zustände unperfekter. Weitere Maßnahmen in dieser Richtung würden vorbereitet.

Was die Herabsetzung der Preise betrifft, so sollen die Preise einiger wichtiger Lebensmittel „in absehbarer Zeit einen allmählichen Abbau“ erfahren. Für Futtermittel, Getreide und Graupen könne dieses Ergebnis schon jetzt in Aussicht gestellt, für Fleisch „wenigstens erhofft“ werden.

„Mein Versehen ist — fährt der Reichskanzler fort — auch im Hinblick auf den Uebergang der Kriegs- in die Friedenswirtschaft darauf gerichtet, die Preise für möglichst viele Lebensmittel allmählich zu senken. Es befehen hier aber sehr große, in der Sache liegende Schwierigkeiten, die es unmöglich machen, die Preise aller Lebensmittel durch behördliche Anordnungen zu beeinflussen. Die Belege des Wirtschaftslebens erweisen sich auch im Kriege vielfach stärker als die Staatsgewalt und machen es unmöglich, die Sicherung des Bedarfs, die in erster Linie stehen muß, mit niedrigen Preisen zu vereinbaren.

Insbesondere wird bei den bedeutenden Massenernährungsmitteln, bei Brot und Kartoffeln, an eine Herabsetzung der Preise zurzeit nicht gedacht werden können. Die Preise können aber auch nicht als unangemessen bezeichnet werden.“

Die in den letzten Worten enthaltene seltsame Ansicht wird dann in längeren Ausführungen begründet. Schließlich gesteht der Reichskanzler, daß die auch von ihm bedauerten Preistreiberien und Spekulationen auf dem Lebensmittelmarkt nicht vollständig zu unterbinden seien.

Den Schluß der Antwort des Reichskanzlers bildet eine leidenschaftliche Anklage gegen den englischen Auswanderungsplan:

„Es darf aber über den noch vorhandenen Mangel und den unbefriedigbaren Schwierigkeiten, die sich der Ernährung des Volkes entgegenstellen, nicht übersehen werden, daß die Ursachen dieser Schwierigkeiten letzten Endes nicht in den Mängeln unserer Einrichtungen, sondern in den englischen Absperremaßnahmen zu suchen sind. Es will mir scheinen, als wenn in den Erörterungen über die Ernährungsfragen die englischen Auswanderungspläne gegenwärtig allzu sehr in den Hintergrund getreten seien. Dadurch wird die Stimmung der Bevölkerung in eine falsche Richtung geleitet und die notwendige Verständigung über die besten Wege zur Ueberwindung der Ernährungs-schwierigkeiten zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen erschwert. Ich würde es mit Dank begrüßen, wenn sich die Ihrem Einfluß zugängliche Presse angelegen sein ließe, diesem letzten Grund aller Ernährungs-schwierigkeiten zu verhelfen. Das sollte um so mehr geschehen, als gesagt werden darf, daß die allem Völkerrecht hohnsprechende englische Kriegsführung auf wirtschaftlichem Gebiete schließlich ebenso wirkungslos bleiben wird, wie sie verwerflich ist. Wohl verursacht sie Schwierigkeiten. Aber dank der guten Ernte dieses Jahres kann das deutsche Volk mit ruhiger Sicherheit dem Siege und dem Frieden entgegensehen.“

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission kommt in seinem Kommentar zu der Antwort des Reichskanzlers seinem Bunde nach Hinleitung der Stimmung der Bevölkerung in der Richtung zum „letzten Grund aller Ernährungs-schwierigkeiten“ sofort bereitwillig entgegen:

„Zu den obigen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers können wir nur hervorheben, daß wir mit ihm in der Bewertung des englischen Auswanderungskrieges mit seinen schwerwiegenden Folgen für unsere Volksernährung durchaus übereinstimmen; unser „Corr.-Bl.“ hat ebenso wie der weit überwiegende Teil der Arbeiterpresse diese Seite, der Angelegenheit wiederholt und kräftig unterstrichen.“

Das sei aber eine Sache für sich. An dem englischen Auswanderungskrieg können wir nichts ändern: um so notwendiger sei es, daß in Deutschland alles geschehe, um den von England erstrebten Erfolg zu verhindern. Und in diesem Punkte sind wir nach wie vor der Auffassung, daß die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung unzureichend, zum Teil gar verfehlt waren. Die Steigerung der Kartoffelpreise um 75 Proz. gegenüber den Friedenspreisen lasse sich aus dem Kriege nicht begründen. Auch sonst weise die Preispolitik schwere Mängel auf.

„Bei aller Anerkennung der Schwierigkeiten — schließt der Kommentar des „Correspondenzblattes“ — an denen nicht die Reichsregierung, sondern Englands Auswanderungskrieg schuld ist, wünschen wir doch, daß mit mehr Energie zugunsten der konsumierenden Bevölkerung eingegriffen wird. Daß auch die Landwirtschaft große Schwierigkeiten zu überwinden hat, ist von uns nie bestritten worden. Aber es ist doch notorisch, daß sie im Kriege glänzende Gewinne macht. Eine Herabsetzung des Profits würde sie durchaus ertragen können. Es ist zudem keineswegs gegeben, daß die Produktion durch die hohen Preise gefördert wird; es läßt sich auch umgekehrt denken, daß etwas niedrigere Preise eine Erhöhung der Produktion erzwingen würden.“

Die vom „Correspondenzblatt“ geübte Kritik ist gewiß richtig, sie entkräftet sich aber zum Teil selbst, indem sie sich auf den Boden des Gemeinplatzes vom „englischen Auswanderungskrieg“ stellt. Das ist genau die Art, die Dr. August Müller in den „Sozialistischen Monatsheften“ anwandte und für die er selbst in der rechtsstehenden Parteipresse „geheimräthlicher“ Klüften bezichtigt wurde. Dr. Müller verfolgte hierbei den offen ausgesprochenen Zweck, die Arbeiterklasse zu „beruhigen“. Objektiv haben die Leistungen der Mehrheitspresse und des „Correspondenzblattes“ auf dem Gebiete der „Erklärung“ über den „englischen Auswanderungskrieg“ denselben Effekt hervorgebracht, den Dr. Müller anstrebt. Das ist aber nicht der Boden, auf dem eine erfolgreiche Abwehr der inneren „Auswanderungs“-bestrebungen einsehen kann. Da gibt es unter den obwaltenden Verhältnissen nur ein: Entweder — Oder. Das Dazwischen ist, nach dem Worte Heilmanns, nichts weiter als „Dreimolluskenfroschnatur“.

In diesem Zusammenhang ist die Aeußerung der „Deutschen Tageszeitung“ über die Antwort des Reichskanzlers von Interesse. Das Agrarblatt ist natürlich über den Hinweis auf die „englische Auswanderung“ begeistert.

„Darin stimmen wir dem Herrn Reichskanzler völlig bei, daß bisher in der deutschen Presse die englischen Absperremaßnahmen als die letzte Ursache aller Ernährungs-schwierigkeiten viel zu wenig berücksichtigt worden sind. In der „Deutschen Tageszeitung“ haben wir dies, soweit es unter den obwaltenden Umständen möglich war, des öfteren erörtert.“

Nun folgt aber, ganz im Sinne der Kriegspolitik, die die „D. Z.“ wie die gesamte alldeutsche Presse verfaßt, das „Aber“:

„Aber man kann die englischen Absperremaßnahmen gegen uns nicht erörtern, ohne die Frage zu streifen, in welcher Art wir gegenüber England vorgehen müssen, um es zur Aufgabe seiner Absperremaßnahmen zu zwingen. Ueber diesen Punkt uns zu äußern, müssen wir uns auch diesmal verweigern, so sehr auch der Hinweis des Reichskanzlers darauf, daß die Stimmung der Bevölkerung nicht in eine falsche Richtung geleitet werde“, zu einer Erörterung der Frage der Gegenwehr reizt.“

Man sieht, das Vandalenblatt versteht es meisterhaft, aus jeder Blüte, mag sie noch so klein sein, ihren Honig zu saugen.

Politische Uebersicht.

Der Reichskanzler und die Parteien.

Die das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat der Reichskanzler die Führer der Reichstagsfraktionen zu einer neuen Versprechung eingeladen, die heute nachmittag stattfinden wird und an der Vertreter aller Fraktionen des Reichstages teilnehmen werden.

Diese Aussprache wird, wie das „Berl. Tagebl.“ weiter mitteilt, nicht nur Gelegenheit geben, die schwebenden politischen Fragen zu erörtern, auch über den Zusammentritt des Reichstages wird verhandelt werden. Bisher ist in dieser Hinsicht noch keinerlei Entscheidung getroffen worden. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen jetzt an, daß die nächste Reichstags-sitzung wahrscheinlich am Donnerstag, den 28. September, stattfinden wird. Diese Tagung wird aber nur kurz sein und sich auf den Zeitraum von etwa acht Tagen beschränken.

Im November wird dann der Reichstag wiederum zusammentreten und längere Zeit versammelt bleiben.

Nationalliberale Rundgebung.

Am Sonntag hielten die thüringischen Nationalliberalen in Eisenach einen Vertretertag ab, auf dem Reichstagsabg. Dr. Stresemann einen Vortrag über die politische Lage hielt. Einstimmig wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Der heutige Vertretertag der Nationalliberalen Thüringens stellt sich einmütig auf den Boden des unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden. Er verlangt eine tatkräftigere Führung unserer auswärtigen Politik und die rückwärtslose Anwendung aller leider bisher nicht voll ausgenützten Kraft- und Kampfmittel.“

Die einstimmige Annahme ist um so bemerkenswerter, als die „Admische Zeitung“, wohl das einflussreichste Organ der Nationalliberalen, sich erst vor einigen Tagen scharf gegen die „Nationalliberale Korrespondenz“ wandte, der sie vorwarf, daß sie sich mit großer Einseitigkeit in die Riemen des alldeutschen Ausschusses lege.

Aus dem Referat sei zunächst hervorgehoben, daß Herr Stresemann das ganze System unserer auswärtigen Politik für verfehlt hält, und die Schuld daran findet er in der beschränkten Auswahl der zur Diplomatie bisher zugelassenen Persönlichkeiten und weiter in der Auffassung, daß durch eine Politik des Entgegenkommens und der KonzeSSIONen Erfolge zu erzielen seien. Herr Stresemann behauptete dann weiter, daß der Krieg weit scharfer geführt werden könne, wenn man alle Mittel anwende, die der Heeresverwaltung zur Verfügung stehen.

Herr Stresemann versicherte, daß in der Frage der Kriegsziele Einmütigkeit in der nationalliberalen Fraktion bestehe und daß die ganz überwiegende Mehrheit der Partei auf dem Boden des unabhängigen Ausschusses stehe. Die Erniedrigung Englands sei die Hauptaufgabe, und wir könnten mit der Anwendung unserer scharfen Kampfmittel nicht warten, bis auch der letzte Neutrale unter Englands Druck gegen Deutschland kämpfe. Das werde zu erwägen sein, wenn der Reichstag erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen habe. Allerdings besitze der Deutsche Reichstag bei weitem nicht den Einfluß, den ihm die öffentliche Meinung vielfach beimesse, habe der Reichstag doch auf einen ganzen Teil seiner Rechte für die Dauer des Krieges verzichtet, indem er dem Bundesrat die bekannten Ermächtigungen erteilt habe. Hier müsse ein Ausgleich geschaffen werden, denn auf die Dauer schienen diese Verhältnisse ganz unmöglich. Als Mindestmaß des Entgegenkommens müsse die Regierung einen parlamentarischen Beirat aus den Vorsitzenden der großen Parteien bilden, dem ein ganz besonderer Einfluß eingeräumt werden müsse. Die Frage der Neuorientierung jetzt zu erörtern, hielt Herr Stresemann für verfehlt; zuerst müsse der Krieg beendet sein, dann werde man sich über die Neuorientierung schon verständigen, und an der Spitze des Kampfes für die freirechtliche Entwicklung werden dann die Nationalliberalen stehen! Mit Schärfe wandte sich der Redner dann gegen Zensur und Schutzhaft, die an die schlimmsten Zeiten Metternichscher Reaktion erinnere und eines Volkes, das diesen Krieg geführt hat, unwürdig sei. Es gebe ein gewisses Defizientum, das am liebsten den ganzen Weltkrieg vertraulich und unter Ausschluß der Öffentlichkeit behandeln möchte. Die Unterschiede der Parteien in nationale und nichtnationale hält Herr Stresemann im Gegensatz zu den Konservativen für ausgelöscht.

Ein Schwindel, der nicht sterben kann!

Das Sozialdemokratische Pressebureau schreibt: Da die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Sorge um das Geld der deutschen sozialdemokratischen Partei und der deutschen Gewerkschaften, das in England liegen soll, sich noch immer nicht beruhigen können, sei festgestellt, daß die ganze Geschichte weder geheimnisvoll noch unklar, sondern in bezug auf die tatsächlich bestehende Bank von England ebenso von A bis Z erfunden ist, wie in bezug auf die angebliche Bank von London. Es handelt sich offenbar um eine jener Schlußleien in den Kassenverhältnissen der deutschen Arbeiterorganisationen, wie sie vor dem Kriege in gewissen Blättern üblich waren.

Die Wirtschaftsfriedlichen.

Der Hauptauschuh nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands eröffnete am 8. September seine sechste Jahresagung zu Breslau unter zahlreicher

Beteiligung von Vertretern der Bewegung und der Industrie aus allen Teilen des Reiches.

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet über diese Tagung folgenden Bericht:

Für die erschienenen Behörden, insbesondere für den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien begrüßte Polizeipräsident v. Riquel die Versammlung. Ueber die Notwendigkeit und praktische Durchführung des wirtschaftlichen Friedens sprach vom Standpunkt der Arbeiter der Hauptauschuhfabrikanten Jensen-Hamburg und vom Standpunkt der Unternehmer Syndikus Dr. Hoff-Düsseldorf. Letzterer wies namentlich an dem Beispiel der englischen Gewerkschaften die Nachteile der kampfgewerkschaftlichen Bestrebungen nach, denen gegenüber er den Segen wirtschaftsfriedlicher Gemeinschaftsarbeit, insbesondere auch für die Allgemeinheit hervorhob. Zur Frage des Arbeitsnachweises stellte Wischnowski-Berlin die Forderung nach organisierter Fortbildung der Arbeiter- und Arbeitgebernachweise, Bekämpfung der Auswüchse in der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung und Einrichtung wirklich unparteiischer öffentlicher Arbeitsnachweise an den Orten, wo ein Bedürfnis vorliegt. Nupp-Berlin kritisierte das Bestreben der Kampfgewerkschaften, die wirtschaftsfriedlichen Verbände bei Beratung von Fragen des Gemeinwohls von der Mitarbeit auszuschließen und forderte Wahrung voller Gleichberechtigung gegenüber allen Arbeiterorganisationen. Entsprechende Entschliessungen wurden angenommen.

Zur Landtagswahl im Kreis Nordhausen.

Vor einiger Zeit stellten die Fortschrittler im Reichstagswahlkreis Nordhausen-Grafschaft Hohenstein den Justizrat Dr. Lewin-Berlin als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl auf. Die Nationalliberalen erhoben im Interesse der liberalen Einheit Protest gegen diese einseitige Nominierung der freisinnigen Kandidatur. Die Nationalliberalen hatten Erfolg damit. In einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung liberaler Vertrauensmänner wurde mitgeteilt, daß Justizrat Dr. Lewin von der Reichstagskandidatur zurückgetreten sei. Dafür wurde ihm die Landtagskandidatur für den verstorbenen Professor Wigler übertragen. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus ist gesichert, da die bürgerlichen Parteien erklärten, den Burgfrieden anerkennen zu wollen. Bei der letzten Wahl wurden 162 liberale, 118 rechtsstehende und 38 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt.

Zwang zur Jugendwehr.

Die Fortbildungsschulen scheinen sich immer mehr zu Rekrutierungsanstalten für die Jugendwehr auszuwachsen. So ist jetzt auch in Nordhausen von der Leitung der Gewerblichen Fortbildungsschule unter Androhung von Strafe bei Nichtbefolgung angeordnet worden, daß sich jeder Schüler, der 16 Jahre alt ist, einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen habe. Nach der Tauglichkeitsklärung durch den Arzt soll der Schüler verpflichtet sein, an den Veranstaltungen der Jugendwehr teilzunehmen. Als Grundlage für diese Zwangsverpflichtung von „Jungmännern“ ist von dem Schulleiter eine Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos des 11. Armeekorps in Kassel beigezeichnet worden. In der Öffentlichkeit ist von einer solchen Verordnung aber nichts bekannt geworden. Eine große Anzahl der Schüler weigerte sich, der Anordnung, zur ärztlichen Untersuchung zu gehen, nachzukommen.

Jesuitengesetz und Wahlreform.

In der unter dieser Ueberschrift erschienenen Notiz (in Nr. 241 des „Vorwärts“) ist das eine Zitat aus der „Adm. Volkstg.“ mangelhaft wiedergegeben. Das Zentrumblatt hatte es als „durchaus unerwünscht und fruchtlos“ bezeichnet, „jetzt schon eine eilige (nicht „eintige“) Lösung der Fragen des preussischen Landtags- und des Gemeinderats herbeizuführen.“

Das tägliche Brot.

Der Landrat als Ankläger.

Der Landrat des Kreises Neutomischel (Posen) sagt im „Kreisblatt für den Kreis Neutomischel“ vom 1. September:

„Ich habe mit Bedauern wahrgenommen, daß unzählige Besitzer des Kreises in ganz überhöhter Weise ihre noch ganz unreifen Kartoffeln ausbuden und den Kommissionären zur Verladung an die Bedarfsverbände übergeben. Anlaß zu diesem ganz sinnlosen Verfahren bieten den Besitzern nur die jetzt sehr hohen Kartoffelpreise. Auf diese bedauerlichen Geldsucht in dem uns aufgedrungenen schweren Kampfe um Sein oder Nichtsein auf das schwerste in jeder Weise gebremst werden, so verständigen sich jene Gewinnstüchtigen in ganz vaterlandsloser Weise an unserer nationalen, wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und leisten unseren Feinden in ihrem bestialischen Auswanderungsplane Vorküh. Denn unzählige Millionen Zentner Kartoffeln können mehr gewonnen werden, läßt man die Kartoffeln ausreifen, während bei unreifen Kartoffeln die Verluste doppelt sind. Die Ernte fällt geringer aus und für den Empfänger sind die Kartoffeln kaum oder gar nicht genießbar.“

Der Landrat ist ein Bruder des früheren Ministerialdirektors im Kultusministerium, Schwanzkopf; er ist selber Landwirt, dürfte daher kaum als Feind der Landwirtschaft bezeichnet werden können.

Soziales.

Verfall der Ansprüche an die Angestelltenversicherung.

Das Gesetz gibt dem Versicherten, der aus irgendeinem Grunde — Arbeitslosigkeit, Berufsaufgabe usw. — aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet, das Recht, sich freiwillig weiterzuversicherern und dadurch auch den bereits erworbenen Anspruch aufrechtzuerhalten. Er muß dann aber im Kalenderjahre wenigstens 8 Monatsbeiträge in Höhe von mindestens 1,00 M. entrichten. (Wenn 10 Jahre nach seinem Eintritt in die Versicherung verstorben sind, brauchen nur 4 Monatsbeiträge im Kalenderjahre entrichtet zu werden, sobald er insgesamt 120 Monatsbeiträge gezahlt hat, kann er den erworbenen Anspruch durch Zahlung einer jährlichen Anerkennungsgeld von 3 M. aufrechterhalten.) Die Beiträge müssen bis zum 31. Dezember des betreffenden Kalenderjahres gezahlt werden. Ist die Einzahlung verfallen, so lebt der Anspruch jedoch ohne weiteres wieder auf, wenn die an der Zahl 8 fehlenden Monatsbeiträge im darauffolgenden Kalenderjahre nachgezahlt werden. Das Gesetz gibt aber, in Berücksichtigung der durch Arbeitslosigkeit manchmal erschwerten wirtschaftlichen Verhältnisse der Versicherten, noch eine weitere Erleichterung dadurch, daß die fehlenden Beiträge gestundet werden, wenn ein entsprechender Antrag seitens des Versicherten rechtzeitig, d. h. vor Schluß des Kalenderjahres, das auf das Fälligkeitjahr folgt, eingereicht wird. Die Versicherten haben also in der Tat zunächst nur die Pflicht, ihre eigenen Rechte nicht zu vernachlässigen. Ist der Anspruch einmal endgültig verfallen, so kann er auch durch spätere Zahlungen nicht wieder aufleben. Die Wartezeit fängt vielmehr von vorn an, wenn der Angestellte wieder in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintritt. Das Versicherungsgesetz für Angestellte weicht in diesen Bestimmungen von der Reichsversicherungsgesetzgebung ab, nach der früher erloschen gewesene Ansprüche ohne weiteres wieder aufleben, wenn von neuem eine bestimmte Wartezeit zurückgelegt ist.

Der hiesige Ortsauschuh der Angestelltenversicherung (Hottwellstraße 4) gibt in seinen Sprechstunden (Dienstag, Donnerstag, Sonnabends 1—3 Uhr) Auskunft in Fragen der Angestelltenversicherung.

Eisenbahnkatastrophe auf Rangierbahnhof Wildpark.

3 Tote, 20 Verletzte.

Amtlich wird gemeldet:

Berlin, 4. September. Gestern Abend 11 Uhr 42 Minuten fuhr auf Bahnhof Wildpark der rangierende Güterzug 8157 dem einfahrenden Personenzug 399 in die Flanke, wobei sechs Personenwagen umgestürzt wurden. Von den etwa 300 Reisenden wurden getötet: Fräulein Hannchen Weinig, Braundenburg, Havelstr. 30, Apothekenbesitzer Max Krohn, Berlin, Tegeler Str. 3, und eine bisher unerkannt gebliebene weibliche Person. Schwer verletzt 4 Personen, leicht 16, die zum Teil Aufnahme im Krankenhaus Potsdam und Hermannswerder fanden, zum Teil nach Anlegung von Verbänden ihre Reise mit anderen Zügen nach Berlin fortsetzten. Das Gleis Magdeburg-Berlin voraussichtlich bis heute mittag gesperrt. Betrieb wird so lange eingleisig auf Gleis Berlin-Magdeburg geführt zwischen Wildpark und Werder.

Ueber dies Unglück gehen uns folgende Nachrichten zu:

Das Unglück ereignete sich in der Nacht zum Montag gegen 11,40 Uhr auf dem Rangierbahnhof Wildpark am Stellwerk. Um diese Zeit traf der sehr stark besetzte Personenzug Nr. 399 aus Kachen mit großer Verspätung infolge des auf allen Stationen herrschenden Sonntagsverkehrs ein, und sollte deshalb auf ein totes Gleis gebracht werden, um den aus Magdeburg kommenden D-Zug vorbeizulassen. Als der Kacherer Personenzug auf Gleis 3 und 2 hinübergeleitet wurde, fuhr ein rangierender Güterzug 8147, von Bismarck-Potsdam kommend, ihm in die Seite. Beide Züge befanden sich allerdings nur in mäßiger Geschwindigkeit, aber trotzdem war der Zusammenstoß doch noch ein fürchterlicher. Sechs Wagen des Personenzuges, in denen Hunderte von Passagieren saßen, wurden aus den Schienen geworfen und zum Teil sehr stark beschädigt. Gleichfalls sprangen aus mehreren Wagen des Güterzuges aus den Schienen und nun spielten sich fürchterliche, kaum wieder zu gebende Szenen ab. Die angefahrenen Wagen legten sich völlig auf die Seite und schleiften sich über die Erde. Die Passagiere wurden natürlich unter dem brechenden und splittenden Holz der Wagenabteile zu Boden geschleudert und durcheinander geworfen. Wer noch bei Bewusstsein blieb, versuchte sich, wie um ein Augenzeugen berichtet, aus dem Gewühl der Menschenleiber, unter dem Schreien und Stöhnen der Verwundeten sich bis zu den Fenstern hindurchzufinden, um die Tür zu öffnen, und so ins Freie zu gelangen. Aber das war in den ersten Sekunden fast unmöglich. Die Türschlösser waren verbogen und durch die zertrümmerten Fensterscheiben, mit ihren spitzen Glascherben verwehrte niemand die rettende Erde zu gewinnen. Denn die Furcht, daß Feuer im Zuge ausgebrochen sei und sie alle elend verbrennen müßten, war bei den meisten Passagieren vorhanden. Dazu fehlten noch Werkzeuge, um mit Gewalt die Türen öffnen zu können. Endlich gelang es einem Passagier eines Abteils der dritten Klasse ein offenes Fenster zu finden, und nun sprangen viele Personen aus dem immer noch fahrenden Zuge heraus. Dann noch eine kurze bange Schlunde, ein erschütternder Ruck und der Zug hielt!

Am aller schlimmsten aber sah es in dem Waggon 622 zweiter Klasse, der sich in der Mitte des Personenzuges befand, aus. In diesem Waggon war die Lokomotive des Rangierzuges hineingefahren und hatte die Coupsés völlig zertrümmert. Aus ihm wurden nach etwa einständiger schwerer Arbeit des hinzugeeilten Bahnpersonals und Bewohner Wildparks, unter denen sich mehrere Feldgrauen befanden, drei Tote hervorgeholt. Es waren dies der Apotheker Max Perose aus der Tegeler Straße und ein achtjähriges Mädchen Johannchen Besenig aus Braundenburg, Havelstr. 16, deren Leichen sofort rekonstruiert werden konnten, sowie eine etwa 40jährige Dame, deren Personalien noch nicht ermittelt worden sind. Die Leichen weisen sämtlich Zertrümmerung des Schädels auf. Die Frau des getöteten Apothekers erlitt einen Schädelbruch und wurde mit den übrigen acht Schwerverletzten in ein Potsdamer Krankenhaus gebracht.

Noch in der Nacht wurde mit den Aufräumungsarbeiten begonnen. Glücklicherweise ist der eigentliche Fern- und Vorortverkehr nicht gestört, und die Züge konnten zur vorgeschriebenen Zeit die Station Wildpark passieren.

Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Wahrscheinlich liegt ein Versehen des Beamten auf dem Stellwerk vor. Zur hahnamtlichen Untersuchung wollte am gestrigen Montag vormittag Geheimrat Regierungsrat Schwarz von der Eisenbahndirektion Berlin an der Unfallstelle.

Von den Beamten der beiden Züge ist niemand verletzt. Lokomotivführer und Heizer des Rangierzuges, der in den Personenzug hineinfuhr, konnten sich kurz vor dem Zusammenstoß durch Abspringen noch retten.

Ein großer Teil der leichter Verletzten wurde nach Anlegung von Notverbänden — dies geschah durch telephonisch herbeigerufene Ärzte aus Potsdam und Wildpark — mittels Gertages nach Berlin und hier sofort nach der nahe gelegenen Unfallstation in der Eichhornstraße gebracht. Dort erhielten sie nochmals ärztliche Hilfe und wurden dann mittels Droschken und Autos in ihre Wohnungen übergeführt.

Schwer verletzt sind 8 Personen. (5 Frauen und 3 Männer.) Leichter verletzt: 11 Personen. (6 Männer und 5 Frauen.)

Die Schwerverletzten.

Die Schwerverletzten wurden nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus und dem Krankenhaus Hermannswerder in Potsdam eingeliefert. Es sind dies: Major v. Hiller vom Beschießungsamt des Gardekorps, dem voraussichtlich der rechte Fuß wird abgenommen werden müssen, eine Frau Schmidt und deren Tochter aus Berlin, Frau Schade aus Berlin, Frau Vars aus Berlin, die Frau des Maurers Müller aus Berlin, der Schlosser Karl Duesterdick und der Keller Johann Sebasta.

Die Liste der Leichtverletzten.

1. Frau Witwe Köppen, 52 Jahre alt, Kreptom, Heidelberger Straße 30, erlitt schwere Querschnitte an der linken Hand und am Oberarm.
2. Der Kleiner Leo Dröwski, Weinmeisterstr. 4, trug eine klaffende Schnittwunde am Schenkel davon.
3. Die dreijährige Irma Noos aus der Adolfsstr. 12 wurde durch eine große klaffende Fleischwunde am linken Oberschenkel und durch schwere Schnittwunden am ganzen Rücken verletzt.
4. Der Postkassistent Max Brummer, Bastianstr. 19 wohnhaft, erlitt schwere Querschnitte der Brust und des linken Armes.
5. Der 48jährige Schriftsetzer Max Kollhoff, Nischhofenstr. 16 wohnhaft, erlitt schwere Querschnitte des Rückens und des Brustkorbes.
6. Frau Emma Kollhoff trug schwere Querschnitte des Unterleibes und des Rückens davon.

7. Der Handelsmann August Karendach aus Görgle bei Brandenburg a. S. wurde durch eine klaffende Gesichtswunde und Schulterquetschung verletzt.

8. Der Werkmeister Hermann Romberg aus der Wölferstraße 1 erlitt eine schwere Verletzung der linken Hand.

9. Ingenieur Rorschel, Steglitz, Mariendorfer Str. 82, erlitt eine Armquetschung.

10. Frau Helene Zielol, Schneiderin, Berlin, Schröderstraße 10, erlitt einen komplizierten Armbruch.

11. Die Näherin Fräulein Adam aus der Franzosenstr. 83 wurde durch Schnittwunden am Unterarm und an den Fingern verletzt.

Aus Groß-Berlin. Wohnungen.

Wer die Wohnungsankündigungen in Groß-Berlin beachtet, dem fällt der ungemein große Prozentsatz von leerstehenden „Herrschaftswohnungen“ auf. Es sind dies die Wohnungen von 4 Zimmern und darüber. Sie sind weit weniger gesucht und vermieten sich darum, was jeder Hauswirt bezeugen wird, viel schwerer als die kleineren Wohnungen. Ein- bis Dreizimmerwohnungen, sagen die Hausbesitzer, brauchen wir nicht in der Zeitung zu inserieren, die werden wir auch so los. Man sollte nun meinen, daß diese Erfahrungen dazu drängen, mehr kleineren Wohnungen zu bauen, aber weit gefehlt. Wer die neuentstehenden Wohnviertel sich besieht, wird feststellen können, daß immer wieder Herrschaftswohnungen in reicher Auswahl errichtet werden — und dies, trotz der oben erwähnten Tatsachen, daß die großen Wohnungen vielfach leerstehen bleiben und infolge ihres hohen Mietpreises für den Besitzer einen schweren Verlust bedeuten. Nun sind die Eigentümer nicht allein schuld an dieser unwirtschaftlichen Bauweise. Die Bauordnungen schreiben, je nach der Stadtgegend, geradezu für die Vorderwohnungen eine bestimmte Zimmerzahl vor. Man will vorn so kleine Wohnungen eben nicht haben. Die Hauswirte selbst stehen ebenfalls auf dem Standpunkt, daß es angenehmer ist, ein oder zwei, höchstens drei Parteien auf jeder Etage zu haben als deren vier und mehr, kurzum, ein schwachbevölkertes Haus ist ihnen lieber als ein reichbevölkertes. Aus diesen Verhältnissen ergeben sich nun die widerspruchsvollen Zustände, daß für manche Volksteile ein Wohnungsmangel, für andere wieder ein Wohnungsüberfluß besteht. Und dabei ist der Bedarf an kleinen, natürlich in brauchbarem Zustande befindlichen Wohnungen infolge des Krieges erheblich gestiegen. Haben doch viele Familien ihren Hausstand einschränken und aus größeren Wohnungen in kleinere übersiedeln müssen. Nach dem Kriege wird diese Tendenz sich noch weiter entwickeln. Große Wohnungen werden reichlich vorhanden sein, aber die Zahler dafür nicht, wie man sich schon seit Jahren fragen muß, woher denn bloß die vielen zahlungsfähigen Mieter für die so überreichlich entstehenden Kleinstwohnungen kommen sollen.

Ermittlung einer Kriegerfrau.

In der Schönhauser Vorstadt wurde gestern eine Kriegerfrau ermittelt. Sie hatte im Hause Lettstr. 9 zum 1. Juni den Posten einer Hausreimigerin übernommen, wofür sie mit Wohnung und mit 7,50 M. pro Monat entschädigt wurde. Als sie im Juli aus einer neu hergerichteten Wohnung den Wasserzähler bereinigen sollte, wollte sie das nicht ohne ausreichende Sondervergütung tun. Sie erhielt dann Kündigung zum 1. August, zog aber am 1. August nicht aus, weil sie mit ihren fünf Kindern von 1—13 Jahren nicht leicht eine andere Wohnung finden konnte. Die beiden Besitzerinnen des Hauses, zwei Schwägerinnen, sagten nun auf Räumung, und das Gericht verurteilte die Kriegerfrau, am 15. August die Wohnung zu räumen. Auch am 15. August zog die Frau nicht aus, weil sie immer noch keine andere Wohnung hatte. Auf Erinnerung der Mädelinnen ordnete das Gericht an, daß die Zwangsvollstreckung vorzunehmen sei. Der Gerichtsbollzieher nahm am 1. September bei einem ersten Besuch noch Abstand von der Exekution, um der Frau noch Zeit zur Beschaffung einer anderen Wohnung zu lassen. Wechsach hatte die Kriegerfrau auf der Wohnungssuche sich abweisen lassen müssen, weil sie den Hauswirten oder ihren Verwaltern zuviel Kinder hatte. Auch daß sie Kriegerfrau ist, diente ihr, wie ihr gelegentlich offen gesagt wurde, nicht als Empfehlung. Am Sonnabend gelang es ihr, in der Nachbarschaft eine Wohnung zu finden, die ihr zugewiesen wurde unter dem Vorbehalt einer guten Ankunftsübernahme. Die Ankunftsübernahme bei der Familie der beiden Hausbesitzerinnen eingeholt und fiel so aus, daß man der wohnungsuchenden Frau den von ihr schon unterzeichneten Mietvertrag zurückgab und sie als Mieterin abließ. Am Montag früh mußte dann der Gerichtsbollzieher die ihm aufgetragene Zwangsvollstreckung ausführen. Er rückte mit zwei Arbeitern an und ließ das bisherige Gabe der Familie auf den Hof hinausschaffen, worauf hinter der ermittelten Frau die Wohnung abgeschlossen wurde. Die Frau fand mit ihren fünf Kindern bis auf weiteres Aufnahme bei einer Nachbarin. Wir wollen uns daran genügen lassen, diese Ergebnisse der wohnungslos gewordenen Kriegerfrau hier ohne jeden Zusatz bekanntzugeben.

Engleisch. Amtlich wird gemeldet: Am 3. d. M., abends 11 Uhr 28 Minuten, engleisch der nach Grunewald fahrende Stadtbahnzug 2850 mit zwei Wagen bei der Einfahrt in den Bahnhof Charlottenburg in Weiche 16. Personen sind nicht verletzt, Wagen und Gleise nicht beschädigt. Der Betrieb wurde durch Umleitung der Stadtbahn über die Ferngleise mit geringer Verspätung durchgeführt. Störung war um 2 Uhr 15 Minuten vormittags beseitigt.

Ueberschreitung der Höchstpreise.

Der „Anzeiger für das Havelland“ meldet aus Spandau: Sonnabend mußte eine Händlerin aus Seefeld, die ihren Stand in der Jüdenstraße errichtet hatte, den Markt verlassen. Sie verkaufte Obst und hatte auch einige Eier vorrätig, die sie für 85 Pf. das Stück abgab. Dabei machte sie zur Bedingung, daß jeder, der ein Ei wünschte, auch noch ein Pfund späte Pflaumen für 50 Pf. kaufen müsse. Diese wucherische Forderung erregte den Unwillen des Publikums in hohem Grade; bald wurden Stimmen der Entrüstung laut, und es dauerte auch nicht lange, so machte sich die Erbitterung der Leute Luft. Der Verkaufsstand der Frau wurde umgeworfen und verschiedene Frauen erhoben drohend ihre Schirme gegen die Händlerin, die nun schleunigst mit ihren Gerätschaften und Waren vom Wochenmarkt verschwand; verschiedenes Obst ist ihr in dem entstehenden Wirrwarr verloren gegangen. Der Schlächtermeister Kratochwill, Weihenburger Straße 19 wohnhaft, hat in den letzten drei Monaten mehrmals größere Mengen Fleisch- und Wurstwaren, welche vom Magistrat für die Spandauer Einwohnergesellschaft geliefert waren, an Berliner Personen verkauft. Am 31. August gegen 10 Uhr abends wurden zwei Berliner, die wieder eine größere Menge Fleisch- und Wurstwaren von Kratochwill geholt hatten, von einem Kriminalbeamten angehalten und nach der Wache gebracht. Das bei ihnen vorgefundene Fleisch und die Wurst wurden beschlagnahmt und dem Schlachthof zugeführt. Das Geschäft wurde dabei, und weil Kratochwill auch die Höchstpreise bedeutend überschritten hatte, gestrichelt geschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Donnerstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, wissenschaftlicher Einzelvortrag. Genosse Heinrich Ströbel wird das Thema „Das Braunschweiger Manifest“ (5. September 1870) behandeln.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, IV. Hof, rechts 3 Treppen, statt. — Eintrittspreis 10 Pfennig.

Ein tödlicher Straßensumpf hat sich am Sonntag nachmittags in Reinickendorf-Best zugetragen. Vor dem Hause Scharnweber Str. 155 wollte gegen 1/4 Uhr ein Herr Wicht vor einem herannahenden, nach Tegel fahrenden Zug der Straßenbahnlinie 25 das Gleis überschreiten. Er hatte aber die Entfernung überschätzt und wurde von dem Triebwagen erfasst und umgestoßen. W. erlitt bei dem Sturz auf das Strohpflaster einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er auf dem Transport nach dem Paul-Gerhardt-Stift in der Müllerstraße starb.

Aehrenlesen. Zu der am 20. August unter vorstehender Epithet veröffentlichten Notiz erhalten wir von dem Rechtsanwalt der Frau Mai folgende Berichtigung mit dem Ersuchen um Abdruck:

Es ist nicht wahr, daß Frau Mai die von der Kriegerfrau, gemeint ist Frau Radtke, zum Aehrenlesen entsandten Kinder ins Gesicht geschlagen hat. Frau Mai hat die Kinder von ihrem Grundstück gewiesen, da diese die Aehren auf einem halb abgeernteten Getreidegrundstück lasen. Das Grundstück war noch nicht aufgeräumt, und lag das Getreide auf dem Aker umher. Nur einige Mandeln waren bereits aufgerichtet. Die Kinder begnügten sich nicht nur damit, die zahlreich umherliegenden Aehren aufzuheben, sondern Frau Mai hat beobachtet, wie die Kinder von den fertigen Mandeln die Aehren abdrachen. Darauf hat Frau Mai die Kinder von ihrem Grundstück verwiesen.

Es ist ferner nicht wahr, daß Frau Mai die später sie aufsuchende Mutter auf den Kopf und Rücken geschlagen hat, sie hat vielmehr, als Frau Radtke in der Wohnung von Frau Mai skandalisierte, und sie beschimpfte, diese zum Verlassen der Wohnung aufgefordert und, als sie nicht der Aufforderung Folge leistete, sich gezwungen, sie gewaltsam zu entfernen.

Auch Frau Mai hat die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft mitgeteilt.

Öffentlich wird die Angelegenheit gerichtlich geklärt.

Noch nicht festgestellt ist die Persönlichkeit eines Mädchens, das vor acht Tagen im Grunewald in der Nähe von Zorngarten aus der Habel gelandet wurde. Die Unbekannte, die etwa vier bis fünf Tage im Wasser gelegen haben mag, ist ungefähr 1,62 Meter groß und 25 bis 30 Jahre alt. Sie hat schwarzes Haar, eine stumpfnasige und große Ohren und trug ein weißes Wäschelein, weißes Unterzeug und weiße Schuhe und Strümpfe. Außer einem Verlobungsring trug sie noch zwei goldene Ringe, den einen mit Brillanten, ferner ein goldenes Medaillon, goldene Ohrringe und einen goldenen Kneifer an einer Kette.

Der Neue-Welt-Kalender für 1917.

Der in seinem einundvierzigsten Jahrgange vorliegende Neue-Welt-Kalender enthält unter anderem:

Kalendarium. — Postalfisches. — Beachtenswerte Adressen. — Staatliches. — Rückblick. — Reisen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Unsere Toten (mit Porträts). — Das Amulett, Gedicht von Karl Pertersson. — Zwei Hände, von Jürgen Brand. — Feld- und Kriegszeiten, von J. Käthe (mit Illustration). — Frau Herzleid, Gedicht zu dem Wibe „Herzelohe“, Abdringung von Arthur Stein. — Der Jwabile, Erzählung von Karl Wasse (mit Illustrationen). — Die Schlachten werden fern von hier geschlagen, Gedicht von Leo Keller. — Die Kunst des Islam, von Dr. Ad. Weine (mit Illustrationen). — Begegnung, Gedicht von Max Barthel. — Die Saisarbeit von Tauchbooten und Winenfeldern im Meere vom Flugzeug und Ballon aus, von F. Braunmühl (mit Illustrationen). — Reichthümer Nr. 8, Erzählung von A. Ger (mit Illustrationen). — Stilles Dorf, Gedicht von Ernst Proczang. — Die Ballonfahrer, von Heinrich Cunow (mit Illustrationen). — Die Entstehung unserer Arbeiterversicherung, von Friedrich Kneis. — Der Fremde, Gedicht von S. Dembiger (übertragen ins Deutsche von Verta Lass). — Das Telegramm, Skizze von Edward Stillebauer (mit Illustrationen). — Zum Nachdenken. — Kleine kriegszeitgemäße Witz aus der Praxis des Alltags (mit Illustrationen). — Auf den verlassenen Straßen, Gedicht von Rob. Walter. — Fliegende Wälder. — Für unsere Käseköpfe. — Hierzu drei Bilder: Heumäher — Ueberdeckung — Wein Wein. — Außerdem ein Kunstblatt: „Herzelohe“ und ein Wandkalender.

Insolge der enorm gestiegenen Preise für Papier und die sonstigen Rohstoffe mußte der Preis des Kalenders von 40 Pf. auf 50 Pf. erhöht werden.

Aus den Gemeinden.

Verteilung von Haferstroh in Pankow.

Zur Sicherstellung der Ernährung der Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre werden in den Apotheken und Drogeriehandlungen, welchen gleichzeitig der Verkauf des Strohstoffes übertragen worden ist, Haferstroh vorrätig gehalten. Der Verkauf erfolgt auf Grund eines von der Lebensmittelkommission ausgestellten Bezugscheines in Mengen von ein Pfund für je einen Monat. Die Ausstellung solcher Bezugscheine erfolgt nach Einsicht der Geburtsurkunde des Kindes in der Lebensmittelabteilung Zimmer 88 des Rathhauses. Ausnahmsweise können Haferstroh in Mengen von einem halben Pfund auch an Kranke in dringenden Fällen gegen Vorlegung eines ärztlichen Attestes abgegeben werden. Der Verkaufspreis der Haferstroh beträgt 60 Pfennig für ein Pfund.

Aus Industrie und Handel.

Verstaatlichung der Seeschifffahrt.

Die französische, italienische, amerikanische und australische Regierung haben neuerdings Handelschiffe erworben oder eine entsprechende Absicht geäußert. Nun hat auch Neuseelands Ministerpräsident vor dem neuseeländischen Unterhaus erklärt, eine staatliche Dampferlinie mit 20 000 Tonnen fassenden Dampfern, die 20 Knoten Schnelligkeit aufweisen, zwischen Neuseeland und England ins Leben rufen zu wollen. Dabei wies er auf ihm bekannt gewordene Fälle hin, in denen die Frachttaxe um 1000 v. S. gestiegen seien. Die Londoner Schifffahrtszeitung „Fairplay“, die in ihrer Nummer vom 10. August hierüber berichtet, meint dazu: Selbst wenn man annähme, daß Neuseelands Auswanderungs- oder Warenverkehr eine solche Flotte zu erhalten in der Lage sei, so dürfte wahrscheinlich zu dem Zeitpunkt, bis zu dem jene großen Schiffe gebaut wären, eine lange Periode niedriger, nicht gewinnbringender Frachttaxe vorhanden sein. Auch in Argentinien ist dem Kongreß ein Vorschlag zur Errichtung eines National-Schifffahrtsunternehmens gemacht worden; dieses soll mit einem Grundkapital von 10 Millionen Gold-dollar binnen zwei Jahren acht mindestens 7000 Tonnen fassende Dampfer, die als Hilfskreuzer verwendbar sind, bauen. Die Befürworter dieses Plans versprechen alles Mögliche, sie wollen sogar, falls die Regierung es wünscht, sofort

eine 100 000 Tonnen starke Handelsflotte für Ausfuhrzwecke in Dienst stellen, aber es scheint, daß diese Versprechungen wohl mehr leeres Gerede als ernsthaft sind.

Zeichnungen auf die fünfte deutsche Kriegsanleihe nehmen vom 4. September bis 5. Oktober auch alle Postanstalten entgegen. Die Zeichnungsbedingungen mit dem Zeichnungsschein, in dem nur der gewünschte Betrag und die Unterschrift einzutragen sind, sind am Postkasten erhältlich. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die Rinscheine aller Reichskriegsanleihen vom 21. des dem Fälligkeitstage vorhergehenden Monats ab bei allen Postanstalten — auch bei den Postagenturen — am Schalter in Zahlung genommen oder gegen bar umgetauscht werden.

Verleichte Königs- und Laurahütte.

Die Hüttenverwaltung hat, wie der „Schl. Ztg.“ berichtet wird, vor einiger Zeit in der Laurahütte ein neues Grobblechwalzwerk mit modernen Einrichtungen in Betrieb gesetzt. Die Antriebsmaschine ist für Dampftrieb, die übrige Anlage für elektrischen Antrieb eingerichtet. Das neue Grobblechwalzwerk bildet einen Ersatz für die in der Königs- und in der Laurahütte vorher betriebenen Grobblechwalzwerke mit veralteten Einrichtungen, welche mit dem Zeitpunkt der Inbetriebsetzung des neuen Walzwerkes stillgelegt worden sind. Das neue Grobblechwalzwerk übertrifft die alten erheblich an Leistungsfähigkeit, obwohl es wegen anderweitiger Verwendung des Martinstahls bisher noch nicht vollbeschäftigt werden kann.

Getreidevorräte in Rußland.

„Fratvitelevnija Wjesnik“ vom 22. August berichtet: Am 14. Juni 1916 bezogen die schifbaren (Handels-) Getreidevorräte im ganzen russischen Reich 90 109 010 Kub., insbesondere im Europäischen Rußland 70 416 068 Kub., im Kaukasusgebiet 7 654 408 Kub., in Sibirien und Mittelasien 12 137 639 Kub. Im ganzen sind die festgestellten Handelsvorräte am 14. Juni 1916 um 9 490 454 Kub. größer als am 1. Mai. Im einzelnen haben die großen Getreidehandelszentren folgende Bestände: Gouvernement Petersburg 10 1/2 Millionen, Gouvernement Saratow 4 1/2 Millionen, Gouvernement Lwow (die Ausfuhrplätze Werschan, Werschan) 10 Millionen Kub., Cherson (die Ausfuhrplätze Odessa, Nikolajew, Cherson) 4 1/2 Millionen Kub. (Bei einer früheren russischen Getreideausfuhr von etwa 300 Millionen Kub. — 50 Millionen Doppelzentner jährlich sind die angegebenen Vorräte des Getreidehandels auffallend gering.)

Jugendbewegung.

Jugend und Politik.

In neuester Zeit hat man in Parteifreien Urteilen über Jugend und Politik hören und lesen können, die von einem bedauerlichen Tiefstand der Auffassung dieses Problems Zeugnis abgeben. Demgegenüber ist es bemerkenswert, wie Bürgerliche zu dieser Frage Stellung nehmen. In der Zeitschrift: „Die deutsche Fortbildungsschule“ wendet sich Sozialdemokrat Dr. Friedrich aus Frankfurt (Main) gegen einen Artikel in derselben Zeitschrift, der gegen den neuen § 17a des Reichsvereinsgesetzes gerichtet ist. Dr. Friedrich hält die Vereinsgesetze auch für ein „Vertrauensgesetz“. Er meint, auch die Schulmänner müßten zu den Gewerkschaften und deren früherem Vertrauen haben und es bestünde gar kein Grund, die Gewerkschaften als Mitzugler abzulohnen. Zum § 17a selbst schreibt Dr. Friedrich:

„Nichts ist falscher“, antwortet er, „als die Behauptung, daß dieser Paragraph die „Politikisierung“ der Jugendlichen bezwecke. Die „Politikisierung“ der Jugendlichen“ braucht nicht erst zu kommen, sie ist schon längst da.“

Wer an den Fortbildungsschulen der Industriestädte wirkt, wird bezagen können, daß die Jungen in politischer Hinsicht durchaus keine Unwissenden sind, sondern daß ihre Interesse für Berufsvereine und politische Parteien bereits äußerst reg ist (es gibt natürlich auch Stumpfe). Vielleicht ist es manchmal Lehrer schon passiert, daß er bei seinem bürgerlichen und volkswirtschaftlichen Unterricht nicht streng „objektiv“ blieb und dadurch den Widerspruch seiner Schüler hervorrief.

In seiner lehrerwerten Schrift „Vom feinsten Eifer“ schreibt Dr. Grimm: „Kommenlich bei den vielfach verkehrten oder doch mißtrauischen gemachten Fortbildungsschülern wird leicht geheimer Widerspruch oder Trotz regt. Wie oft wird der wohlgemeinten Gut, die aus der Befassung des Lehrers herausleuchtet und auch die Schüler entflammen möchte, ein eisernes, starres „nun gerade nicht“ entgegengestellt.“ (S. 40).

Während in der Schule der Junge „objektiv politisiert“ werden soll (also immerhin „politisiert“), wird er in der Werkstatt von den Genossen seiner Arbeitsgemeinschaft „subjektiv politisiert“, d. h. er fängt an, das Volkswirtschaftliche kritisch zu betrachten. Er findet sogar vielleicht ohne Führung das Mißverhältnis zwischen seinem Lohn und seiner Arbeitsleistung, er spürt die lange Arbeitszeit auf eigenen Leib; er fühlt, in welchen Dingen für ihn ein Schuh nötig ist u. a. m. So wird der Knabe von selbst „politisiert“. Die Schule kann es nicht verhindern und hat gar nicht das Recht, es zu

verhüten. Das Leben ist stärker als die Schule. Geben wir uns doch nicht der Täuschung hin, als ob die Jugend von der Welt nicht mehr wüßte als den kleinen Ausschnitt, den die Schule zeigt und zeigen kann. In der Frage der Sexualpädagogik glaubte die Schule mit ihrer Vogel-Strauß-Politik die Jugend rein zu erhalten. In der Sozialpolitik wird es der Schule noch weniger gelingen, die arbeitende Jugend vom Politischen fernzuhalten.“

Gerichtszeitung.

Gestohlene Brotkarten

sind neuerdings in gewissen in der Nähe der Pfandkammer gelegenen Lokalen der Neuen Schönhauser Straße, wo bekanntlich mit der Hauptmarkt für gestohlene Sachen sich befindet, ein immer häufigerer und in stärkerem Maße auftauchender Artikel. Sie rühren stets von Einbrüchen her, die in letzter Zeit in sich mehrender Weise in die Geschäftsräume von Brotkommissionen verübt worden sind. Werden Personen bei dem Verkauf solcher gestohlenen Brotkarten gefaßt, so wissen sie gewöhnlich von dem Einbruch nichts und wollen diese Karten stets von dem großen Unbekannten erworben haben. So lag auch der Fall, der gestern den Arbeiter Franz Bahne und den Reisenden Friedrich Scheel vor die 1. Ferienstrasskammer des Landgerichts III führte. Bahne war festgehalten worden als er in der genannten Straße Brotkarten mit 10 Pf. das Stück verkaufte, die der 108. Brotkommission in der Stephanstraße in Höhe von 800 Stück mittels Einbruches entwendet worden waren. 100 Karten wurden bei ihm noch vorgefunden. Einen Teil hatte der Mitangeklagte erworben. Ihre Angabe, daß sie die Brotkarten von dem bekannten „großen Unbekannten“ gekauft hätten, konnte auch in diesem Falle nicht widerlegt werden, so daß sie nur wegen Fehlleist. und zwar zu neun Monaten Gefängnis verurteilt werden konnten.

Zu Raubzügen durch die Laubkolonien

in der Umgegend Berlins, vortagsweise im Norden und Nordosten, hatten sich junge Burschen zusammengesetzt, die gestern unter der Anführung des fortgesetzten Einbruchsdiebstahls vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III standen. Die Angeklagten haben in erstauulichem Umfang verbrecherische Tätigkeit ausgeübt und in mancher Nacht acht und mehr Lauben heimgesucht, indem sie die Räume zu den Kolonien überleiterten, durch die eingeschlagenen Fenster der Lauben krochen und aus diesen alles, was sie vorfinden, vortagsweise Raubzügen stahlen. Sie wurden abgefaßt, als sie ihre Beute in großen Säcken wegschleppten. Die Angeklagten wurden jeder zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus aller Welt.

Sie fahren jetzt auf Gummirädern.

Den „Berliner Neuesten Nachrichten“ gehen aus ihrem Leserkreis folgende Klage zu: „Eben habe ich die Reifen und Schläuche von meinem Fahrrad abgeliefert. Die dafür gezahlte Entschädigung ist selbst bei guter Erhaltung kaum halb so groß, als der Preis in Friedenszeiten. Nicht ohne Wehmut trennt man sich von dem Fahrrad; hat man sich doch manche Erholung und Freude damit schaffen können. Aber wenn der Gummi für Heereszwecke erforderlich ist, muß man natürlich darauf verzichten. Unverständlich ist nur folgendes: Seit einiger Zeit legen sich sehr viele Landleute in dieser Gegend gegen sich Wagen mit massiven Gummireifen zu; sie wissen ihren neu erworbenen Reichtum nicht anders unterzubringen. Ein solches Wagenrad enthält aber des Vielfachen an Gummi wie Schläuche und Reifen eines Fahrrades zusammen. Es erregt geradezu Kergernis, in wie prophaner Weise diese Herren mit ihrem Reichtum prunken in einer Zeit, wo jeder sonst sich Entbehrungen auferlegen muß. Wenn sie bis dahin ohne Gummi fahren konnten, so auch wohl in der Kriegszeit. Weshalb aber wird nicht Beschlag auf jenen Gummi gelegt und das Fahren darauf verboten? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wird hier eine Ausnahme von diesem sonst geltenden Grundsatz gemacht?“

Diese Klage hat Ihre vollständige Berücksichtigung, und es muß erwartet werden, daß der darin erhobenen Forderung nachgegeben wird. Interessant ist es jedoch, daß gerade jetzt viele Landleute sich den Luxus leisten können, auf Gummirädern zu fahren. Das sind allerdings merkwürdige Opfer, die sie sich auferlegen.

Die Schäden des letzten Erdbebens in Italien. „Secolo“ meldet aus Rimini: Wie die amtliche Prüfungskommission zur Feststellung des Schadens des letzten Erdbebens beauftragt, sind öffentliche und Privatgebäude in 21 Gemeinden schwer beschädigt und 21 Dörfer vollständig zerstört worden. Die Untersuchung betrifft 78 Gemeinden. In der Provinz Forlì wurden 8000 Häuser befestigt, 2000 davon wurden für unbewohnbar erklärt.

Parteiveranstaltungen.

Erster Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Stein, Stralauer Straße 3: Die Reichskongressen.
Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Gewerkschaftshaus: Stellungnahme zur bevorstehenden Reichskongressen, Bericht des V. Bogtzerr. Wahl der Delegierten, Ome Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Androsshöfen, Androssstr. 21, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Reichskongressen und Wahl der Delegierten. Zutritt nur gegen Einlassschein und Mitgliedsbuch.

Charlottenburg. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Volkshaus, Rosinenstraße, eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralsammlung. 2. Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen. Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wilmersdorf. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Mittwoch, sondern heute Dienstag, den 5. September, statt.

Röpentz. Heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant von Altes, Grünauer Straße 7. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion der letzten Mitgliederversammlung. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralsammlung. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Juchel, hat sein Erscheinen ausgesetzt. Eingeladen sind alle Mitglieder, die auf dem Boden des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins stehen. Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wohndorf. Mittwoch, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Birk, Wollschloßstraße. Tagesordnung: 1. Beiträge und Delegiertenwahl zu der am Sonntag, den 10. September, stattfindenden außerordentlichen Kreisgeneralsammlung. 2. Die bevorstehende Partei-Reichskongressen betreffend. 3. Verschiedenes.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, pünktlich, im Jugendheim: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Bericht von der Kreisjugendkongressen. Der wichtigsten Tagesordnung wegen muß jeder Jugendliche erscheinen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Hiltenberg. Donnerstag, den 7. September, nachmittags 6 Uhr, im Stadtverordnetenversammlungssaal, Möllendorferstr. 6, Rathaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Hannover. Ein Blindenroman von J. Hummer. 4 B., geb. 5,50 M. — Fr. W. Grurow, Leipzig.

In England interniert. Von G. E. Benedix. 1 B. — J. A. Verthes, Göttingen.

Zwei Jahre...: Weltkriegsbetrachtungen eines Sozialisten. Von Max Adler. 70 Pf. — Franke'sche Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Nürnberg.

Das Grundraster. Von H. Gerlich. 15 Pf. — Ullsteinverlag in Berlin 6 Pf. — Verlag der Arbeiter-Zeitung, Dortmund.

Briefe der Liebe aus drei Jahrhunderten deutscher Vergangenheit. Kunstwahl und zeitgeschichtliche Lebensbilder von Charlotte Westermann. Kart. 1,50 M. — W. Langenlocher-Brandt, Ebenhausen bei München.

Die selige Orgel. Lustspiel von R. Gresser und L. W. Stein. 2 B., geb. 3 M. — Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beilage findet für Abonnenten Student. B. IV. Hofrecht, Barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder der die Beilage bestimmen will, muß die Beilage in ein Umschlag und eine Zahl als Redaktionsbeilage beifügen. Beifügen ist nicht erforderlich. Anfragen, deren keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Dragen tragen man in der Beilage vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Beilage mit.

W. G. 31. Der Antrag ist mündlich oder auch schriftlich auf dem dortigen Rathaus zu stellen. — W. G. 45. Zur Zahlung der restlichen Mitgliedschaft hat Sie verpflichtet. Es würde sich jedoch empfehlen, wenn Sie unter Vorlegung Ihrer mündlichen Verbindliche eine Einigung mit dem Hauswirt veruchen. Sollte er darauf nicht eingehen und Sie verklagen, so werden Ihnen vom Gericht sicher ein Antrag Zahlungstiteln gewährt werden. — A. Westentleben; landsturmpflichtig. — G. D. 100. Ein Ausbruch auf Feuerungsanlagen haben Sie nicht. Wir würden Ihnen aber empfehlen, mit einem solchen Besuch an den Lehrmeister heranzutreten. — Max 30. Es ist Ihnen dringend zu raten, Ihre Ansprüche bei der Berufsvereinschaft geltend zu machen. — W. D. 63. Rein. — W. G. 66. Da Ihre Frau nicht aus der Kirche ausgeschieden ist, müssen Sie als Ehemann die Kirchensteuer für sie zahlen. Der Auftrag der Kirchenbehörde ist zutreffend. — W. G. 18. Wenn Bedürftigkeit für vorliegend erachtet wird, erhalten Sie Unterstützung. Am Falle des Todes des Kreisgenossen wird Ihnen Unterstützung gewährt; es sei denn, daß die Ehe innerhalb drei Monate vor dem Ableben des Verstorbenen geschlossen wurde. — R. D. Ja. — G. W. in W. 49. Einer Begründung und Rechtfertigung dazu bedarf es nicht. Der Vertrag müße vom Gericht oder notariell beglaubigt werden. — G. G. 4. 1. und 2. Darüber können wir Ihnen eine bestimmte Auskunft nicht machen; wir tragen aber kein Bedenken.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Mäßig warm, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt und an vielen Orten leichte Regenfälle. Strichweise Gewitter.

Die heraldischen Glanzstücke zur Silberhochzeit dem Bezirksführer
Gerhard Haffes und Frau.
Die Genossinnen u. Genossen vom Bezirk Tegel.

Nach langem, schwerem Leiden, das er sich im Jahre 1910, nach dem 1. September im Alter von 76 Jahren mein herzenguter Mann, unter lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Otto Kiekebusch.
Dies zelten tiefbetrübt an die trauernde Gattin
Emilie Kiekebusch geb. Noumann, Eltern und Geschwister.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 6. d. Mts., nachmittags von der Halle des Reichshauses im Reichshaus, Reichshausweg, aus statt.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Blumenbesuchen beim Abscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders
Rudolf Dwaletzky
sagen wir allen Beteiligten, insbesondere Herrn Bartenstein für die herzlichen Worte am Sarge des Entschlafenen sowie den Sängern und den Kollegen der Firma Wabatos und den Christgenossen vom Stenographenbund unseren herzlichsten Dank.
G. Dwaletzky und Brüder.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliebrern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausbesitzer
Karl Schermer
von der Firma H. Wertheim, Reichshaus, am 1. September im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. September, nachmittags 3 Uhr, von der Reichshaus des Reichshauses im Reichshaus, Reichshausweg, aus statt.
Den Mitgliebrern ferner zu hoch unser Kollege, der Lagerarbeiter
Wilhelm Schröder
am 1. September im Alter von 60 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Reichshaus des Reichshauses im Reichshaus, Reichshausweg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Glumen- und Franzbinderei von Robert Meyer,
Geb. P. Golletz
Mariannenstr. 5. Tel. No. 10303

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Mann- u. Frauenleiden — Ehrlich-Kata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs- u. a. störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—1 und 5—8.

Haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passende gearbeitete Stützeinlagen sowie **Bruchbandagen** aller Art, Reibbinden, Einlegesohlen usw., Kräfte zur Gelundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Spezialarzt
für Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Hautkrankheiten jeder Art, **Ehrlich-Kata-Kuren,**
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sprecht. 12-2, 1/2-1/3, Sonntags 11-2, Honorar nach a. Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Arbeiter Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 10 Pf.

Leineweber
Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4—6, Ecke Ross- und Fischerstr.
Im ersten Stockwerk fertige
Einsegnungs-Anzüge
Jünglings- u. Knaben-Kleidung
in eigenen Betriebswerkstätten hergestellt, ist preiswert und unübertroffen in Sitz und solider Verarbeitung.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von Zeit 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8.

Reichel's Wanzenfluid das seit 25 Jahren berühmte Radikalmittel von höchster Wirkung. Vollständige Vernichtung der Brut durch Entziehung chemischer Nahrung. Günstige Wirkung! Im Gebrauch vieler Staaten u. Städte. Bestehen. Man kauft in den Drogerien daher nur das echte Reichel's Wanzenfluid. 65 Pf., 1.20, 2.— u. 3.75. (Verpackung 60 Pf.), wo nicht erhältlich durch Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4, Fernspr. Wpl. 4751, 4752, 4753.